DER RECHTE RAND
Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen
6. Ausgabe
April 1990
2,- Mark



Landtagswahl 1990

DIRTY DANCING

Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Bankverbindung:
Postgiro Hannover
Nr. 4455 86-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.s.d.P. Klaus Harbart
Herausgeber: Dirk Addicks, Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Editorial

Seit einem Jahr tritt DER RECHTE RAND an, partei- und strömungsübergreifend antifaschistische Arbeit voranzubringen, Informationen weiterzugeben und Diskussionen zu führen. Mit der vorliegenden sechsten Ausgabe des Informationsdienstes erreichen wir die Grenze dessen, was unter den bisherigen Produktionsbedingungen machbar ist. Also keine Zeit für Lobhudelei und antifaschistische Höhenflüge.
Die finanzielle Situation ist, bei einer Druckaufflage von 2000 Exemplaren und unter 500 Abonnenten, von Ausgabe zu Ausgabe enger geworden. Auch der im Winter gegründete Trägerverein hat bisher keine neuen Geldquellen auftun können. Antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit hat eben keine Lobby, dafür zahlt auch kein Verfassungsschutz Subventionen.
Der beobachtet lieber Organisationen wie GRÜNE, DKP, VVN und Mediengewerkschaft, die uns anfänglich unterstützten, aber uns nicht längerfristig etwa durch Abnahme von Teilauflagen über Wasser halten können.
Unsere kleine Redaktionsgruppe braucht dringend personelle Verstärkung und eine bessere materielle Ausstattung. Noch macht ein handverlesener Kreis von Menschen dieses Blatt immer wieder möglich. Doch wer kann auf Dauer unentgeltlich arbeiten und nebenbei ständig Energien mobilisieren?
Vielen Dank vor allem an die Autoren auch dieser Ausgabe für ihre Beiträge und den Verzicht auf Honorare. Unseren Lesern und Abonnenten danken wir für Geduld und Vertrauen. Wir versprechen, ein Bestes zu tun und den RECHTEN RAND noch besser zu machen. Denkbar ist hierbei eine Ausweitung des förmlichen Verbreitungsgebiets Niedersachsen, ist doch die Ländergrenze seit langem schon im Spektrum der Berichte übersprungen worden.
Für Ideen und Beiträge in menschlicher, textlicher wie finanzieller Form bedanken wir uns schon jetzt. "Wer gegen den rechten Rand ist, fördert DEN RECHTEN RAND", lautet unser Slogan. Also laßt Euch nicht lumpen.

Im RECHTEN RAND nachgelesen

Betrifft: Enthüllungen und Exklusivität

Als Informationsdienst von und für AntifaschistINNen ist DER RECHTE RAND bemüht, exklusiv über aktuelle Entwicklungen und Zusammenhänge im rechten Spektrum zu berichten. Wir freuen uns, wenn andere Medien unsere Berichte aufgreifen und damit eine größere Öffentlichkeit herstellen. Wünschenswert wäre allerdings, wenn dann auch DER RECHTE RAND - den journalistischen Gepflogenheiten entsprechend - als Quelle der Nachrichten genannt würde.

Zwei ärgerliche Beispiele: In der ersten Nummer machten wir die NPD-Vergangenheit des damaligen REP-Landesvorsitzenden **Norbert Margraf** öffentlich. Diese Information, vorab als Pressemitteilung verteilt, wurde von *"taz"* bis *"Spiegel"* aufgegriffen, sie führte auch innerhalb der niedersächsischen REPs zu heftigen Kontroversen und Abspaltungen.

Mit einer Ausnahme, nämlich der in Hannover erscheinenden *"Neuen Presse"*, hielt es jedoch kein Blatt für nötig, bei der *"exklusiven"* Enthüllung die Herkunft dieser Information zu erwähnen, was uns besonders bei *"Bild"*-Hannover sauer aufstieß.

In unserer Nummer 4 vom Dezember 1989 berichteten wir über Sympathisanten der Mun-Sekte bei den REPs, so die Schönhuber-Referentin **Ursula Saniewski** und den hannoverschen Pressesprecher **Dieter von Glahn**. Grundlage war ein der Redaktion vorliegendes Protokoll über ein Geheimtreffen der Genannten in Hannover mit einem Funktionär der *"front national"*. Diese Enthüllung wurde zunächst unter Nennung der Quelle im *"blick nach rechts"*, später dann auch in der *"Quick"* weiterverbreitet. Groß aufgemacht berichtete die Illustrierte über von die von uns aufgedeckten Aktivitäten von Frau Saniewski als zweite Vorsitzende des Mun-Vereins CAUSA und stellte auch das Hannover-Treffen mit von Glahn besonders heraus, ohne dazu selbst weitere Recherchen angestellt zu haben. Die Herkunft der Informationen blieb unerwähnt.

Die Berichte im *"blick nach rechts"* und *"Quick"* wurden in einigen rechten Blättern aufgegriffen, so auch im Februar 1990 in *"Der Republikaner"* unter der Überschrift *"Die Enten aus dem Blätterwald - Wie lange will der Presserat noch zuschauen ?"*. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Das Aufnehmen und Nachdrucken von Informationen ist uns sehr recht. Nur würden wir dann auch gerne erwähnt werden, um uns selbst im Lichte von Dementis und Auseinandersetzungen sonnen zu können. Vielen Dank auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wahlen in Niedersachsen Boom der Rechtsparteien

Die niedersächsischen Landtagswahlen offenbaren einen neuen boom rechter Gruppierungen. Von den 21 Parteien, die sich am 13. Mai 1990 den WählerInnen stellen wollen, sind zwei Drittel dem Spektrum rechts von der Union zuzuordnen. Durch nationalistische Euphorie und ausländerfeindliche Gesetzgebung der Bundesregierung fühlen sich die konservativen bis neofaschistischen Parteien in ihren politischen Grundannahmen bestätigt und wollen ebenfalls etwas vom Wahl-Kuchen abbekommen. Alle hoffen auf die lukrative Wahlkampfkostenerstattung, um damit ihre Parteifinanzen zu sanieren. Einige dieser Parteien sind alt bekannt, manche haben in der Vergangenheit eher ein Sektendasein geführt, wieder andere haben sich in jüngster Zeit erst neu gegründet. Wir stellen die braungesprenkelte Palette der Rechtsparteien und besonders NPD, REP und deren neueste Abspaltung DDD vor.

Klaus Harbert

Herzog Widukinds Stamm

Die Forderung nach der Wiederherstellung eines Großdeutschland in den Grenzen von 1939 steht im Zentrum der REP-Programmatik und soll die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme – einschließlich Arbeitslosigkeit und Umwelt – garantieren.
Die niedersächsischen REP, gerade ihres durch seine frühere NPD-Mitgliedschaft belasteten Landesvorsitzenden **Margraf** entledigt, wollen da nicht zurückstehen: Ein Groß-Deutschland braucht ein Groß-Niedersachsen! In ihrem Entwurf für das Landtagswahl-Programm heißt es darum: *"Zu 'Herzog Widukinds Stamm' ... gehören die jetzigen Bezirke Magdeburg und Halle bis zur Elbe und Saale. Die Niedersachsen drüben sind bis heute durch verwandschaftliche Beziehungen, gleiche kulturelle Tradition und Mundart mit uns im Bundesland Niedersachsen verbunden."*
Außer derartigen Aussagen haben die REP den Niedersachsen allerdings wenig originelles zu bieten. Die Erhaltung der Erfassungsstelle Salzgitter dürfte eine der wenigen konkreten Forderungen der REP sein.
Das Landtagswahlprogramm besteht im wesentlichen aus der Wiedergabe des Bundesprogramms der REP – gelegentlich angereichert mit einigen Zahlen, die niedersächsische Bezüge herstellen sollen. Lediglich die Kapitel *"Landwirtschaft, Forsten, Jagd und Fischerei"* sowie *"Umwelt und Energie"* sind etwas umfangreicher geraten, kommen aber über allgemeine Forderungen auch nicht hinaus. Dieser Umstand dürfte wohl hauptsächlich den übergetretenen Funktionären der ÖDP (deren Landesvorstand sich fast vollständig den REP angeschlossen hatte) sowie dem ehemaligen CDU-MdL und Landwirt Kurt Vajen geschuldet sein, der sich als Fachmann für den Landwirtschaftssektor zu profilieren sucht. Die Anhebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte um 20% und die Entschädigung der Forstbesitzer bei Waldschäden durch die *"Bevölkerung der Bundesrepublik als 'Gesamtschuldner'"* dürfte dabei auch im ganz persönlichen Interesse des als Wahl-fälscher und mehrfach wegen Trunkenheitsdelikten bekannt gewordenen *"Knobel-Kurt"* Vajen liegen.
Vajen nimmt einen beim Überspringen der 5%-Hürde sicheren Listenplatz ein und scheint mittlerweile zur *"Spitzenmannschaft"* der niedersächsischen REP zu gehören. Andere ehemalige CDU-Mitglieder, wie der hannoversche Uni-Professor Tschammer-Osten und der Hildesheimer Heinz-Dieter Fehlig, haben sich unterdessen von den REP getrennt. Die Belastung durch eine braune Vergangenheit zahlreicher REP-Funktionäre schien gerade den früheren Unionsmitgliedern als hinderlich für ihre persönliche Karriere. Der neu entfachte Nationalismus der Bundesregierung und die abnehmende Wählerzustimmung für die REP dürften für deren Entscheidung sicherlich den Ausschlag gegeben haben: Während sich das gesamte politische Koordinatensystem nach rechts verschiebt, ist nationalistische und ausländerInnenfeindliche Politik in anderen Parteien vorerst effektiver und vor allem lukrativer umzusetzen.
So sitzen die REP zwischen den Stühlen mit ihrem neu gewählten Landesvorsitzenden Werner Haase, der eine *"moderne"* den Kapitalinteressen angepaßte Politik verspricht [illegible] zahlreichen ehemaligen Mitgliedern [illegible] Funktionären neofaschistischer Parteien [illegible] Zustrom zu den REP [illegible]

Eine braungesprenkelte Palette

"Christliche Mitte" (CM): Die CM gibt vor, sich auf die christliche Soziallehre zu beziehen und spricht sich gegen jegliche Abtreibung aus. Ihre Gegner sind Sozialdemokraten und Grüne (*"Kindermörder"*), Freimaurer und der Humanismus, der - so die CM - *"der Beginn des Abfalls vom Christentum"* sei. Für die CM ist es an der Zeit, daß *"wir uns auf unser Vaterland besinnen"* wobei sie auch gegen die *"hemmungslose Diskriminierung unseres Volkes"* wettern. In Bayern bildete die CM zur diesjährigen Kommunalwahl gemeinsame Listen mit den *"Patrioten für Deutschland"*.

"Demokratische Republikaner Deutschlands" (DRD): Die DRD wurden als Abspaltung von den REP durch den ehemaligen REP-Funktionär Eberhard Klas gegründet (siehe DER RECHTE RAND Nr. 4). Die Abspaltung erfolgte angeblich wegen einer Unterwanderung der REP durch NPD-Leute, dürfte aber hauptsächlich auf enttäuschte Ambitionen bei der Vergabe lukrativer Pöstchen zurückzuführen sein. Die Programmatik ist weitgehend von den REP abgeschrieben und lediglich sprachlich etwas entschärft. Mittlerweile hat ein Teil der DRD-Mitglieder die Partei wieder verlassen und sich den *"Deutschen Demokraten"* (siehe dazu unseren Bericht) um den Berliner Ex-REP-Chef Bernhard Andres angeschlossen.

"Deutsche Partei" (DP): Die DP stellte in den fünfziger Jahren mit Heinrich Hellwege einen niedersächsischen Ministerpräsidenten. Sie wurde in den 60er Jahren weitgehend von der CDU aufgesaugt. Bereits damals gehörten die Revision der Nachkriegsgrenzen und die Rehabilitierung der Waffen-SS zu ihren politischen Forderungen. In der letzten Zeit machte die DP durch Verhandlungen mit den niedersächsischen REP von sich reden. Der Ex-NPD-Funktionär und damalige REP-Landesvorsitzende Norbert Margraf handelte mit dem ehemaligen NPD- und jetzigen DP-Vorsitzenden [illegible] Thielen [illegible] bei Wahlen [illegible] Pakt [illegible] an dem [illegible]

"Deutsche Solidarität - Union für Umwelt- und Lebensschutz" (Öko-Union): [illegible] Öko-Union trat zur EG-Wahl mit einem den REP angelehnten Motto an: [illegible] *dieser EG - Ja zum [illegible] der Vaterländer"*. Sie lehnt die [illegible] der Bundesrepublik und *"Klassenkampfpropaganda"* ab. Die Handhabung der Notlagenindikation des § 218 hält sie für gesetzwidrig. Bei den EG-Wahlen kandidierte der ehemalige REP-Chef von Schleswig-Holstein, Hagen Palleske, für die Öko-Union.

"Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP): Die FAP steht für den militant-terroristischen Flügel des Neofaschismus. Ihre Anhänger bekennen sich offen zur NS-Vergangenheit und sind re-

gelmäßig an gewalttätigen Auseinandersetzungen sowie an Überfällen, Brandanschlägen etc. beteiligt. Die FAP (gegründet 1978) erlangte erst, nachdem ihr die Mitglieder und Funktionäre der verbotenen ANS des **Michael Kühnen** beitraten, überregionale Bedeutung. Fast sämtliche Funktionäre der FAP verfügen über ein beträchtliches Vorstrafenregister. Stellvertretend dafür kann der Parteivorsitzende **Friedhelm Busse** genannt werden, der zuletzt 1983 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Begünstigung von Bankräubern zu 3 Jahren und 9 Monaten Freiheitsentzug verurteilt wurde. Bei der EG-Wahl 1989 erhielt die FAP in Niedersachsen 0,1% der Stimmen.

"Freiheitliche Volkspartei" (FVP): Die FVP wurde 1985 von **Franz Handlos** nach seinem Austritt aus der Partei *"Die Republikaner"* gegründet. Seit er im Juli 1987 seine Parteiämter niederlegte, führt die Partei ein Sektendasein und ist im wesentlichen auf den Raum Bayern beschränkt; fast wortgleich mit dem REP-Chef Schönhuber erklärt sie in ihrem Programm: *"Wir sind nicht ausländerfeindlich, sondern deutschfreundlich"*. Die FVP fordert *"Rückführung der hier lebenden Angehörigen"* von Ausländern und die *"allgemeine Dienstpflicht der jungen Generation"*. Vorsitzender ist der Hamburger Rechtsanwalt **Hans Kober**.

"Ökologisch-Demokratische Partei" (ÖDP): Wurde 1982 als rechte Abspaltung von den Grünen von dem früheren CDU-Mitglied **Herbert Gruhl** gegründet. Der wurde allerdings im vergangenen Jahr von **Hans-Joachim Ritter** von der Position des Parteivorsitzenden abgelöst. Die ÖDP versucht, dem Ruf eine rechte Partei zu sein, zu entkommen: 1989 distanzierte sie sich vom Nationalismus und fordert aktuell die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Sich selbst stellt die ÖDP als *"Partei der streitbaren Mitte"* dar, begründet aber dennoch die Ausländerfeindlichkeit ökologisch: *"Die Flucht von Bevölkerungen in dicht besiedelte Regionen ... ist ein ökologisch katastrophaler Vorgang"*. Im vergangenen Jahr wechselte fast der gesamte Landesvorstand der niedersächsischen ÖDP zu den REP, [illegible] der ehemalige [illegible] den sein [illegible] Grundlage des politischen Handelns [illegible] im Arbeitskreis [illegible] der ÖDP *"auf die [illegible] Seite konzentrieren"* kann.

"Patrioten für Deutschland" (Patrioten): Eine der zahlreichen Organisationen des US-Amerikaners **Lyndon B. LaRouche**. Vorsitzende ist dessen Frau **Helga Zepp-LaRouche**. Die "Patrioten" erreichten bei der letzten Landtagswahl 0,3% der Stimmen und verfügen über *"schier unerschöpfliche finanzielle Ressourcen"* (Lorscheid). Der heutige Landesvorsitzende der *"Republikaner"* **Emil Schlee** gab bis 1985 ein kurzes Gastspiel, ebenso wie zahlreiche ranghohe Militärs der Bundeswehr. Den LaRouche-Organisationen, die für SDI und Kernkraftwerke eintreten, werden nachrichtendienstliche Verbindungen nachgesagt.

Auch auf die jüngeren, organisationserfahrenen Neofaschisten wollten bzw. konnten die niedersächsischen REP nicht verzichten. Im Amt bleiben Kreisvorsitzende wie **Meyer** und **Berstermann** als ehemalige Funktionäre der *"Jungen Nationaldemokraten"*, oder der Landespressesprecher **Klaus Kunze**, der als ehemaliges Mitglied neofaschistischen *"Ring freiheitlicher Studenten"* den Judenmord als *"Rechenproblem"* bezeichnet oder das ehemalige Wiking-Jugend-Mitglied **Haar**, daß auch vor Gewalt gegen politische Gegner nicht zurückschrecken soll.
Der Rückgriff auf altgediente Funktionäre wird begünstigt durch eine nur schwach entwickelte Organisationsstruktur. Anfang dieses Jahres verfügten die REP nach eigenen Angaben noch über 22 oft relativ kleine Kreisverbände. Für 14 weitere Orte waren Kreisbeauftragte benannt. Mittlerweile dürften sich diese Zahlen infolge zahlreicher Austritte (wie z. B. fast des gesamten Kreisverbandes Hildesheim) reduziert haben. Da wundert es nicht, wenn auch unter den neuen Mitgliedern *"alte Bekannte"* auftauchen. Schriftführer der REP in Wilhelmshaven wurde jüngst der seit vielen Jahren als NPD-Funktionär tätige **Hartmut Heger**.
Übrig bleibt von den Niedersachsen-REP vorerst der Teil von *"Herzog-Widukinds Stamm"*, der *"sturmfest und erdverwachsen"* mit einer Prise Bauernschläue versucht, wenigstens lukrative Pöstchen in der Partei zu ergattern und der mit Hilfe zu erwartender Wahlkampfkostenerstattung auf bessere Zeiten hofft. Und die sind angesichts der sozialen Probleme nicht auszuschließen, die durch den EG-Binnenmarkt und die mit Brachialgewalt betriebene Vereinigungspolitik der Bundesregierung in einiger Größenordnung auf uns zukommen werden.

Johann Schacht

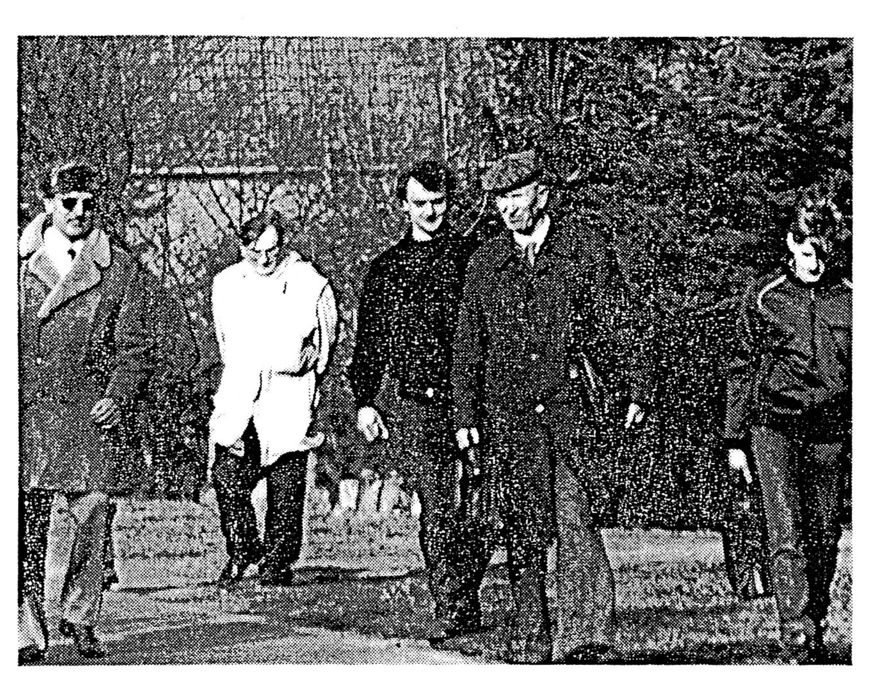
Wahlkampf für Albrecht

Trotz aller Dementis: Die niedersächsische CDU hatte in den letzten Monaten ihre Fühler bis tief in das Lager der Republikaner ausgestreckt und um Unterstützung für den laufenden Wahlkampf geworben. Ergebnis: Ende Februar konstituierte sich eine REP-Abspaltung als **"Die Deutschen Demokraten" (DDD)** mit dem vorrangigen Ziel, Ernst Albrecht erneut zur politischen Macht zu im Lande verhelfen.
Was Rita Süssmuth der CDU an Wählergunst aus der *"politischen Mitte"* besorgen soll, will die DDD Ernst Albrecht aus dem rechten Wählerlager an Stimmen zuführen. *"Wir rufen dazu auf, mit der Erststimme CDU zu wählen"*, betonte der ehemalige REP-Funktionär und jetzige Spitzenkandidat der *"demokratisch-konservativen Partei"*, **Heinz-Dieter Fehlig**, einen Tag nach der Parteikonstituierung vor der Presse im noblen hannöverschen Parkhotel Kronsberg. An Geld scheint es der fast reinen Männerriege kaum zu mangeln. *"Finanzielle Probleme kennen wir nicht, wir haben gute Freunde in der Wirtschaft"*, so Fehlig. Rund 200 000 DM stehen nach Angaben von Fehlig, der früher für die CDU im Hildesheimer Kreistag saß, der knapp 50 Mitglieder starken Truppe im Wahlkampf zur Verfügung.
Der Aufruf der DDD, mit der Erststimme CDU zu wählen, kommt nicht von ungefähr. In den letzten zehn Monaten, also zu Zeiten, in denen die meisten DDDler noch das Parteibuch der REP in der Tasche hatten, habe es *"intensive Gespräche mit führenden CDU-Politikern"* gegeben, erklärte nicht ohne Stolz DDD-Landesbeauftragter und ebenfalls Ex-REP-Funktionär **Werner Rieb**. Hierzu gehörten nach Rieb sowohl der CDU-Landesvorsitzende **Wilfried Hasselmann** wie auch der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende **Jürgen Gansäuer**. *"Natürlich"* ging es bei diesen Kontakten nicht *"naiv"* zu, sondern man habe *"ausführlich"* die politischen Perspektiven Niedersachsens erörtert. Dabei ging es nicht etwa um ein plattes *"komm zurück in die CDU"*, so Fehlig.

Strikt wiesen die DDD-Repräsentanten hingegen die Vermutung zurück, die CDU habe bei der Gründung der Partei in irgendeiner Weise Pate gestanden. *"Wir sind eine eigenständige, demokratisch konservative Partei"*, wehrte Westberlins DDD-Chef **Bernhard Andres** ab. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der REP im Westberliner Abgeordnetenhaus war eigens nach Hannover gekommen, um die Gründung des 2. DDD-Landesverbandes unter seine Fittiche zu nehmen.

Durch die DDD solle der *"konservativen Idee Geltung verschafft werden"*, reklamierte Andres mit einem Hinweis auf das Wahlprogramm. Doch ein kurzer Blick in das 11-seitige *"Rahmenprogramm"* schafft schnell Aufklärung: Alter Wein in neuen Schläuchen wird serviert, die Handschrift der Republikaner ist unverkennbar. Zwar gibt es einige kosmetische Änderungen, doch der Ruf nach "law and order", die Forderung nach mehr Freiheit für die Wirtschaft, Ausgrenzung von AusländerInnen und Asylsuchenden sowie das Verlangen nach einem starken, wiedervereinigten Nationalstaat sprechen eine deutliche Sprache.

"Wir stützen Ernst Albrecht zu unseren Bedingungen", resümierte Andres das Anliegen der DDD in Niedersachsen. Welche Forderungen aus dem Programm er dabei im Auge hatte, ließ er allerdings offen.



NPD-ler beim Parteitag in Rhoden 1989: "rückwärts nach breit"

Andreas P. Zaleshoff

Zuflucht in die Radikalität

Die letzten Landtagswahlen in Niedersachsen fanden jeweils ohne die **"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)** statt. Nichts kann den Verfall der ältesten neofaschistischen Wahlpartei in der Bundesrepublik um den Oldtimer Dr. **Heinz Schimmerohn** deutlicher veranschaulichen. Immerhin war diese Partei in Niedersachsen entstanden und hier über lange Jahre fest verwurzelt. Heute sind es nur noch vereinzelte braune Tupfer auf der Landkarte, besonders im Osten und im Norden des Landes, die auf Schwerpunkte der NPD hinweisen. Dieses Braun wird immer mehr überlagert durch die leichten Farbnuancen der falschen Republikaner.

Die NPD befindet sich im eigenen Lager in der Defensive und flüchtet sich in Aggressivität und Radikalität. Ein Phänomen, das sich durchgängig auf zwei Ebenen beobachten läßt: in der Zusammensetzung des Funktionärskörpers wie auch in den öffentlichen Verlautbarungen der Partei.

Für letztere, in Form des Monatsblättchens *"Niedersachsen-Spiegel"*, zeichnet **Hans-Michael Fiedler** verantwortlich, Mitglied der NPD schon seit Mitte der sechziger Jahre, verantwortlich für die politisch-ideologische Schulung des rechten Nachwuchses und die inhaltliche Festigung der gestandenen Funktionäre.

Der Einfluß des Mittvierzigers Fiedler sollte nicht unterschätzt werden. In Seminaren sowohl des NPD-Landesverbandes als auch im von ihm angeleiteten *"Studentenbund Schlesien"* versucht er den NPD-Nachwuchs zu qualifizieren. Sein Wirken im Raum Göttingen blieb nicht ohne Erfolg, und die Mehrzahl des Funktionärsnachwuchses ist durch seine Schule gegangen. sein Einfluß in der niedersächsischen NPD ist in letzter Zeit stark gewachsen. Sein Vertrauter und Zögling **Waldemar Maier** unterstützt ihn nicht nur bei der Arbeit am *"Niedersachsen-Spiegel"*, er übernahm nach dem Vorsitz des Vorsitz des Göttinger Kreisverbandes und einem Platz im Landesvorstand auch noch die Führung des Landesverbandes der *"Jungen Nationaldemokraten"* (JN) vom glück- und erfolglosen Markus Kirchheim (Wolfenbüttel). Alte Mitstreiter Fiedlers schon aus den siebziger Jahren sind in dem im vergangenen April in Northeim gewählten Landesvorstand stärker vertreten denn je zuvor. Dabei handelt es sich vor allem um Gesinnungskameraden, die in der Vergangenheit als Schläger oder durch ihre Zusammenarbeit mit Personen aus der NS-Szene bekannt geworden sind. Beispiele wollen wir nicht schuldig bleiben:

* **Jürgen Döhr**: der stellvertretende Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende Hannover ist im Landesvorstand zuständig für den *"Organisationsdienst"*, der früher schlicht Ordnerdienst hieß. Schon Ende der siebziger Jahre betätigte sich Döhr entsprechend handfest; seine Rintelner Gruppe wurde als *"Döhr-Quaisser-Bande"* bekannt. In Erinnerung sind noch immer



Rotenburger Kreiszeitung und die REP

Hatte schon vor einigen Jahren die Rotenburger Kreiszeitung durch ihre Berichterstattung zur Konstituierung der REP in ihrem Kreis beigetragen, so können sich die REP auch weiterhin auf eine zumeist wohlwollende Berichterstattung verlassen.



Nicht genug damit, daß ein REP-Inserat am 16. März veröffentlicht wurde, das taten Blätter des Madsack-Konzerns ebenfalls. Die Rotenburger Kreiszeitung übermittelt den Lesern Berichte über den Empfang einer REP-Delegation durch Kurt Vajen im Niedersächsischen Landtag (mit Foto, 25.1.90) oder interviewt den *"honorigen"* REP-Abgeordneten anläßlich seiner Nominierung als REP-Kandidat zur Landtagswahl: *"Das war keine Überraschung"* ([illegible].2.90).

[illegible] freundschaftliche Rat des Chef[illegible] Fred Heidemanns an Kurt [illegible], seinen Widerstand gegen die [illegible]wahl als Bürgermeister von Broc[illegible]aufzugeben, ist keine Abwen[illegible]: *"Der Kampf [illegible] Windmühlen [illegible] verzehrt und ist obendrein [illegible]nslos"* (7.3.90). [illegible] Heidemann [illegible] darauf hin, daß [illegible] keine Ba[illegible] mehr habe, *"zum[illegible] nicht im [illegible]"*. Gleichzeitig betont er aber mit der Überschrift *"Handelte Gemein[illegible] gestern gesetzwidrig?"* und *"Kurt Vajens Einspruch stieß auf taube Ohren"* (7.3.90), daß dem REP-Direktkandidaten möglicherweise Unrecht getan wurde.

Berichte über Wahlveranstaltungen Vajens (20.3.90) und einen Besuch des frischgekürten REP-Landesvorsitzenden Werner Haase (5.3.90 - beides natürlich mit Fotos) helfen indessen, die REP als wählbare Alternative und Kurt Vajen als *"Mann aus unserer Mitte"* (REP-Anzeige v. 18.3.90) aufzubauen.



ein Überfall auf das Jugendzentrum in Bückeburg, auf einen Büchertisch in Hamburg, die Störung einer antifaschistischen Veranstaltung in Hann-Münden und anderes. Döhrs Zusammenarbeit mit Fiedler liegt besonders im sogenannten *"Arbeitskreis Feindaufklärung"* begründet, der Informationen über mißliebige AntifaschistInnen sammelt.

* **Adolf Dammann**:der Bankkaufmann ist ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender und außerdem Vorsitzender des Bezirks Lüneburg. Seit 1959 ist er ununterbrochen Funktionsträger in neofaschistischen Organisationen. Trotz seines seriösen Berufes schreckt auch er vor Militanz nicht zurück. Als Leiter des Referats *"Aktionen"* im Landesverband der JN schlug er 1978 mehrere Antifaschisten in Göttingen krankenhausreif, in Oldenburg wurde er ein Jahr zuvor mit Hannoveranern aus dem ANS-Spektrum aktiv. Inzwischen ist Dammannn älter und ruhiger geworden. Er schlägt nicht mehr, sondern hat sich aufs Denunzieren verlegt. Als DER RECHTE RAND die NPD-Vergangenheit des damaligen Landesvorsitzenden der falschen Republikaner enthüllt hatte, beeilte er sich, den AntifaschistInnen die komplette NPD-Kaderakte Margrafs zur Verfügung zu stellen.

***Klaus-Dieter Hoffmann**: ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender, ehemaliger Kommunalpolitiker im Kreis Soltau-Fallingbostel und designierter Nachfolger des greisen Heinz Schimmerohn als Landesvorsitzender. Er war lange Zeit Gauführer der *"Wiking-Jugend"* (WJ) in Niedersachsen. Nach einem Journalisten, der einen Ausbildungshof der WJ fotografieren wollte, warf er einen Hammer. Der Immobilienmakler leitet die Abteilung Kommunalpolitik beim Parteivorstand der NPD.

***Heinz Schimmerohn**: Landesvorsitzender seit 1977 im Abonnement. er kann mit seinem Werdegang als repräsentativ für die alte Garde der NPD gelten. Bereits lange vor 1933 wurde er Mitglied der NSDAP, diente sich bis zum Sturmbannführer bei der SS hoch, schloß sich nach Kriegsende der später verbotenen *"Sozialistischen Reichs-Partei"*(SRP) an, um schließlich über die *"Deutsche Reichspartei"* (DRP) in der NPD zu landen. Auch er gehört zum Parteivorstand.

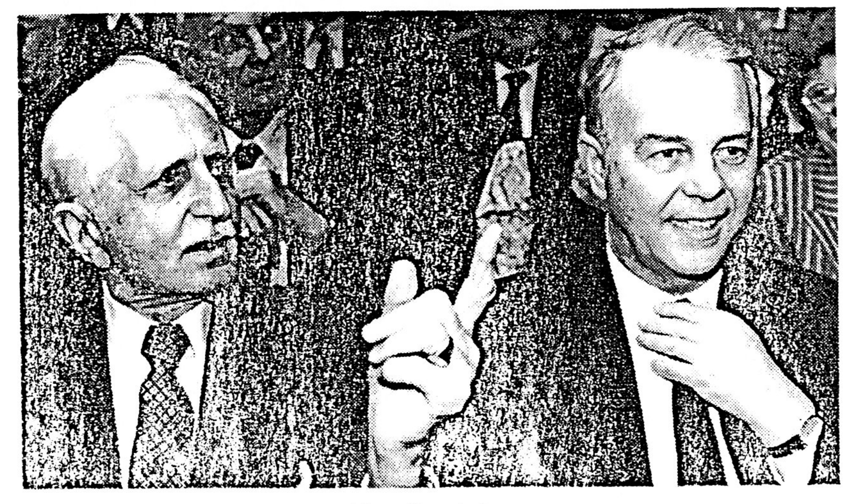
Doch trotz einer deutlichen Verjüngung des Funktionärskörpers, einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und einer Intensivierung der Mitgliederschulung, sind die erhofften Erfolge für die NPD bisher in Niedersachsen ausgeblieben. Obwohl die *"Republikaner"* alles dazu getan haben, sich selbst Hindernisse in den Weg zu stellen, konnte die NPD in keiner Weise davon profitieren. Die EG-Wahlen im vergangenen Jahr brachten in der ehemaligen Hochburg Niedersachsen ein nur durchschnittliches Ergebnis, und bis auf wenige Ausnahmen blieb die NPD deutlich hinter der Konkurrenz im eigenen Stall, den REP, zurück.

Resignation, Rück- und Austritte waren die Folge. **Peter Kleemann**, Kreisvorsitzender in Osterode und Mitglied des Bezirksvorstands Braunschweig hatte nach den EG-Wahlen im Juni endgültig die Nase voll und verließ enttäuscht über den Mißerfolg die Partei. Der frischgegründete Kreisverband der JN in Osterode zerfiel, nachdem der Vorsitzende erkannt hatte, daß es unlogisch sei, des Nachmittags mit türkischen Jugendlichen Billard zu spielen und des Nachts ausländerfeindliche Plakate zu kleben. Ihm waren die örtlichen Funktionäre schlicht und ergreifend zu dumm, um ihnen blindlings zu gehorchen.

Die Mobilisierungsfähigkeit, besonders in der Öffentlichkeit, hat nach einem kurzen Boom wieder stark abgenommen. Ende des vergangenen Jahres fiel südniedersächsischen AntifaschistInnen eine Liste mit geplanten NPD-Wahlveranstaltungen in die Hände. Der größte Teil der dort angekündigten Aktionen fand nicht statt.

Die niedersächsische NPD, einst Rückgrat der Partei, scheint nur noch gebannt auf die REP zu starren wie das berühmte Kaninchen auf die Schlange. Über den richtigen Umgang mit der unliebsamen Konkurrenz ist inzwischen der Kampf zweier Linien entbrannt. Während die eine Seite versuchen will, die eigene Wählerschaft vor der Abwanderung abzuhalten, indem die REP als eine lediglich leicht radikalisierte Fassung der CDU dargestellt werden sollen, angetreten, um die *"authentische Rechte"* zu schwächen, als Spaltpilz also, meint eine andere Gruppierung die derzeit erfolgreichere Partei durch eine Umarmungstaktik in die Knie zwingen zu können. Immer wieder kommt es zu Bündnisangeboten an die REP auf Kreisebene, da man doch letztlich die gleichen Ziele verfolge und deshalb zusammenarbeiten müsse. Aus einer Position der Stärke werden solche Angebote immer wieder regelmäßig zurückgewiesen.

Die niedersächsische NPD ist zwar nach wie vor ein nicht zu vernachlässigender Faktor im neofaschistischen Spektrum des Landes, doch war ihr *"zweiter Frühling"* nach den Bremer Bürgerschaftswahlen 1987 nur von kurzer Dauer.



Jörg Daniels

"Patenonkel" Albrecht und das "Grenzdiktat"

Auch in ihrem 40. Gründungsjahr fordern Herbert Hupka und seine Landmannschaft Schlesien unbeirrt eine Rückverschiebung der polnischen Westgrenze und die Rückgabe "rechtmäßig deutschen Territoriums" Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht ließ sich von solchen Tönen nicht irritieren: Er übernahm für die Jubiläumsfeierlichkeiten die Schirmherrschaft und sagte den Schlesiern auch weiterhin finanzielle Unterstützung des Landes zu.

Helmut Sauer, CDU-Bundestagesabgeordneter und niedersächsischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, machte gleich klar, worum es geht: Immer mehr Politiker, so Sauer, hätten *"das gesamtdeutsche Bewußtsein an der Garderobe einer würdelosen Zeit abgegeben"*. Und der stellvertretende Bundesvorsitzende **Heinz Lorenz** klagte: *"Es fehlt an Mitstreitern für den deutschen Standpunkt, es fehlt an Patrioten für die Nation"*.

Für die Feierstunde zum 40jährigen Bestehen der Landsmannschaft und der 40jährigen Patenschaft des Landes Niedersachsen für Schlesien konnte man dies allerdings wahrlich nicht behaupten. Schon am Eingang der hannoverschen Stadthalle wurden die rund 300 Mitglieder ungehindert von einer Gruppe hannoverscher *"Republkikaner"* mit Flugblättern begrüßt, auf denen eine *"Rückgabe sämtlicher fremdverwalteter Gebiete"* gefordert und gefragt wurde: *"Ist Hans-Dietrich Genscher ein deutscher oder polnischer Außenminister?"*. Ungestört konnten sich die REPs auch später im Saal mit nationalistischen bis rassistischen Zwischenrufen beteiligen und der Rotenburger **Kurt Vajen**, einer der REP-Spitzenkandidaten bei den Landtagswahlen, hatte sich gleich an der Tür so postiert, daß ihn auch ja niemand übersehen konnte. Obwohl ein *"erdverwachsener Niedersachse"*, fühlt er sich mit den Schlesiern auf's engste verbunden: *"Wenn es um Heimat geht, bin ich immer dabei"*.

Frenetisch jubelte die den kleinen Saal kaum zur Hälfte füllende Schlesier-Schar ihrem Bundesvorsitzenden und CDU-Bundestagsabgeordneten **Herbert Hupka** zu, als der eine Anerkennung der deutsch-polnische Oder-Neiße-Grenze erneut als *"Erpressung"* und *"Grenzdiktat"* bezeichnete. Er gab seine ganz eigene Interpretation des Warschauer Vertrages zum Besten: Die Bundesrepublik und Polen hätten 1970 nur einen Gewaltverzicht, aber keine Grenzanerkennung ausgehandelt. *"Hinter der sogenannten polnischen Westgrenze liegen 104.000 Quadratkilometer Deutschlands"*, und Hupka weiter: *"Wir Deutsche erheben seit eh und je keinen Gebietsanspruch auf rechtmäßig polnisches Territorium, wohl aber die Polen einen Gebietsanspruch auf rechtmäßiges deutsches Territorium"*. In die selbe Kerbe haute der niedersächsischen Vorsitzende der Landsmannschaft, Helmut Sauer. Er bezeichnete die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gar als ein *"zweites Versailles"* und warf *"vielen deutschen Politikern vorauseilenden Gehorsam gegenüber fremden Maximalforderungen"* vor.

Niedersachsens Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU), der sich als *"Patenonkel"* begrüßen ließ, irritierten solche Töne nicht. Er schloß ebenfalls eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zum jetzigen Zeitpunkt aus und versprach, daß Niedersachsen die Landsmannschaft auch künftig finanziell und organisatorisch unterstützen werde.

Allein für die Feiern zum 40jährigen Bestehen des Vertriebenenverbandes schoß die Landesregierung 30.000 Mark aus Steuermitteln zu. Nach Schätzung der Grünen im Landtag fließen jährlich rund 130.000 Mark aus Niedersachsen an die Schlesier, mit deren Hilfe die Landsmannschaft unter anderem ihre Geschäftstelle, das *"Haus Schlesien"* bei Bonn und ihre alle zwei Jahre in Hannover stattfindenden "Deutschlandtreffen" finanziert. Bund und Land halten außerdem weiterhin an in ihrem Plan fest, in Hildesheim ein *"Landesmuseum Schlesien"* zu errichten, dessen Bau allein rund zehn Millionen Mark verschlingen dürfte.

Auf der Schlesier-Kundgebung sprach Albrecht im Zusammenhang mit der Grenzdiskussion von *"den vier sogenannten Siegermächten"*, deren Position man *"ernst nehmen"* müsse. *Aber: "Diktieren können sie nichts. Die Zeiten sind vorbei"*. Eine Wiederherstellung der Grenzen von 1937 schloß Albrecht aus, möglich sei *"wohl aber etwas anderes"*. Schon in wenigen Jahren würden Polen, aber auch die Tschecheslowakei und Ungarn Mitglieder der EG und es somit möglich sein, daß Deutsche und Polen nebeneinander in Schlesien leben und arbeiten können.

Auch wenn Albrecht damit sicherlich den Vorstellungen Hupkas und der Führungsspitze der Landsmannschaft entgegenkam, in den zum Teil rassistischen Zwischenrufen wurde deutlich, daß es zumindest einem Teil der Landsmannschaft wohl nicht um ein friedliches Zusammenleben geht, sondern sie unbeirrt an einem Großdeutschland für Deutsche festhalten: *"Alles durcheinander, oder was?"*; *"mit den Polen niemals"*, schallte es durch den Saal.

Polemik gegen die Wiedervereinigung

Die deutsch-niederländische Initiative "Nooit meer / Nie Wieder" sieht die Vereinigungsdiskussion in der Bundesrepublik mit gemischten Gefühlen.

Sie weist in einer Presseerklärung darauf hin, daß nicht das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, sondern vielmehr das Selbsterhaltungsrecht der Nachbarvölker ein Problem sei. Unter Hinweis auf die beiden Weltkriege als Folgen der Einigkeit der Deutschen in der Vergangenheit ist die Initiative äußerst skeptisch gegenüber den Regierungsversprechen, daß das in Zukunft anders sein solle. Bestätigt fühlen sich die beiden Sprecher, R. Nacke und H. Theulings, auch durch die in der sogenannten Historikerdebatte sichtbar gewordene Vergangenheitsbewältigung, die Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze und der Einvernahme der DDR. Sie befürchten, daß in einem *"vereinten Europa ein vereintes Deutschland nicht nur das 'Orchester dirigieren', sondern sogar die 'Musik komponieren'"* würde.

Sie fordern den Erhalt der Zweistaatlichkeit *"allenfalls mit Währungs- und Wirtschaftsunion"* im Rahmen internationaler Einbindung und Aufsicht. Die DDR soll in die Pflicht genommen werden, daß sie *"ihren Anteil an der historischen Verantwortung anerkennt"*, das heißt, auch die *"Anerkennung des im Namen des Antifaschismus begangenen Unrechts"*.

CDU: Gedenkstätte nicht erwünscht

Erinnern wollten die Grünen an das KZ-Außenlager Sandbostel bei Bremervörde. Heraus kamen christdemokratische Entgleisungen.

In Sandbostel waren in der Zeit von 1941 bis 1945 zeitweise hunderttausende Menschen gefangen gehalten worden. Unter unmenschlichen Bedingungen mußten Kriegsgefangene - vor allem aus der Sowjetunion - und KZ-Häftlinge aus Neuengamme auf ein qualvolles Ende warten: In dem Lager, daß Zeitzeugen als Seuchenherd beschreiben, grassierten Flecktyphus und Ruhr; Erschießungen waren an der Tagesordnung. Mehr als 8000 Menschen überlebten das Sterbelager Sandbostel nicht.

Ein Antrag der Rotenburger Kreistagsfraktion der Grünen, ein Mahnmal zu errichten und eine der noch existierenden Häftlingsbaracken zu einem Ausstellungsraum auszubauen, wurde von der CDU mit der Begründung vom Tisch gewischt, daß auf dem Friedhof bereits Gedenksteine stünden. Außerdem gebe es ja - so die CDU Kreistagsfraktion - eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus - in Bergen-Belsen. Der Kreisdirektor Dr. Fitschen sekundierte: Die Bevölkerung sei der Meinung, daß man bereits eine würdige Gedenkstätte habe.

Die örtliche SPD äußerte den Verdacht, daß die CDU versuche, eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema zu vermeiden und daß bei einer derartigen Verfahrensweise herauskomme, "daß es das Lager gar nicht gegeben hat".

Eine Bürgerinitiative, die sich am 20. März in Zeven gründete, sieht das ähnlich. Sie verweist darauf, daß am Lager selbst lediglich ein unscheinbarer Gedenkstein aufgestellt worden sei und auf dem nahegelegenen Kriegsgräberfriedhof überhaupt kein Hinweis gegeben werde. Sogar Einheimische wüßten oft wenig über das Lager. Für die Angehörigen der dort Umgekommenen sei es schwierig, das Gelände überhaupt zu finden.

Zwei Bremervördener Lehrern, die seit Jahren an einer Dokumentation über das Kriegsgefangenen und KZ-Außenlager Sandbostel arbeiten, wurde von dem CDU-Fraktionschef Wilhelm Brunkhorst (Sittensen) vorgeworfen, sie verbreiteten kommunistisches Gedankengut. Die angegriffenen Lehrer fühlten sich angesichts der Berufsverbotepraxis des Landes Niedersachsen bedroht und forderten den CDU-Politiker auf, sich zu entschuldigen. Der jedoch erklärte, er sehe keinen Grund, von dem was er gesagt habe abzurücken, geschweige denn, sich zu entschuldigen.



Hulle Hartwig

Göttinger Normalzustand

Drei Monate nach dem Tod der Studentin Cornelia Wessmann in Folge eines Polizeieinsatzes ("Sollen wir sie plattmachen?") und einer Demonstration mit 18.000 TeilnehmerInnen, die in den Medien ausschließlich als Krawall- und Scherben-Demo dargestellt wurde, ist in Göttingen scheinbar wieder Ruhe eingekehrt. Eine ernsthafte und grundlegende Aufklärung der Ereignisse am 17. und 25. November 1989 ist nicht gelungen. Kritiker werden öffentlich und ungerügt im Landtag beschimpft, der Polizei wird Lob und Dank ausgesprochen.

Keine Rede ist mehr davon, daß die Polizeiführung versagt hat. Keine Rede ist mehr davon, das Zivile Streifen-Kommando (ZSK) aufzulösen und den verantwortlichen Polizeiführer zu versetzen.

Man stelle sich vor: Eine Großdemo - und zwar wohlgemerkt gegen die Polizei - mit bundesweiter Beteiligung der sogenannten militanten Autonomen wäre ohne die Schlagzeilen von Krawallen und Straßenkämpfen zu Ende gegangen. Die massenhafte Betroffenheit über den Tod von Cornelia Wessmann hätte auch bürgerlichen Kreisen die Existenz von alltäglichem Faschismus und Gewalt in unserer Gesellschaft ins Bewußtsein gerückt. Doch die Polizeiführung und ihre politische Leitung, die bürgerliche Presse und eine große Koalition im Land- und Kreistag haben in geradezu atemberaubender Weise dafür gesorgt, daß die Göttinger Welt in guter Ordnung bleibt. Bis auf einige unentwegte, aber stark schrumpfende Initiativen wurde das Thema unter den Teppich gekehrt. Dabei wurden genau drei Monate nach dem Tod von Cornelia Wessmann 500 jugendliche TeilnehmerInnen einer friedlichen Mahnwache von Braunschweiger Polizeieinheiten grundlos durch die ganze Stadt getrieben. Beamte schlugen einen Schüler mit dem Schlagstock besinnungslos, weil er eine Sprühdose dabei hatte. Zu erinnern ist ferner an die FAP-Kolonne, die trotz Verwarnung von der Polizei unbehelligt am 9. Dezember 1989 mit Transparenten (*"Haut das Juzi zu Brei!"*) durch die Innenstadt aufs Juzi (Jugendzentrum Innenstadt) losmarschierte und es mit Steinen und Signalmunition angreifen konnte.



Hulle Hartwig (40) ist Kinderkrankenschwester in der Kinder- und Jugendpsychatrischen Abteilung der Uni-Klinik Göttingen. Sie mußte in Folge ihrer Kritik an der Polizeiführung als Vorsitzende der Göttinger SPD zurücktreten, die Landes-SPD erhob Einspruch gegen ihre Nominierung als Landtagskandidatin und strich sie von der Landesliste. Sie konnte sich jedoch nach harten partei-internen und öffentlichen Auseinandersetzungen an der Basis durchsetzen und wurde auf einer erneuten Wahlkreiskonferenz als Landtagskandidatin für Göttingen-Stadt bestätigt.

Wer diese Ereignisse etwa mit einer rigiden Wahlkampfräson oder mit der Absicherung politischer Seilschaften erklärt, greift viel zu kurz. In der Tat ist das Thema Innere Sicherheit am Göttinger Beispiel ohne die direkt Beteiligten und Betroffenen kaum vermittelbar. Nicht nur meine Partei, die Göttinger SPD, ist über diese Frage gespalten, nämlich im wesentlichen in diejenigen, die die Demo miterlebt haben und diejenigen, die nicht teilgenommen haben. In den Diskussionen und den zum Teil sehr harten Auseinandersetzungen in den Wochen nach der Demo wurden von den Befürwortern eines harten polizeilichen Vorgehens verhärtete Abwehrmechanismen entwickelt, um ihre bis dato heile Welt nicht zu gefährden. Das Bewußtsein, daß Rassismus, Sexismus und Nationalismus nicht an FAP, NPD, REPs oder die Skinheads gebunden, sondern Bestandteile unserer Gesellschaft sind, gefährdet offensichtlich das Weltbild auch aufgeklärter bürgerlicher Kreise in höchstem Maße. Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Skinheads wurden zu *"Bandenkriegen"* erklärt, die ordnungspolizeilich in den Griff zu bekommen sind, wenn die Polizei nur über die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten verfügt. Die geradezu rituellen Loyalitätserklärungen gegenüber der Polizei signalisieren die Beschwörung einer heilen Welt, in der alles in Ordnung ist. Schuld an den Störungen der Ordnung durch die Neofaschisten sind, wer hätte anderes gedacht, die Linken und die Autonomen. Um dies festzustellen brauchte es nicht erst den Wissenschaftler Heitmeier: auch Rita Süßmuth fordert die Schließung des Juzis, das die CDU als *"Quelle des Hasses"* geortet hat.

Ich bin mir mit einigen Polizeibeamten einig: Wenn sich der politische und polizeiliche Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt in Göttingen nicht ändert, wird dies in absehbarer Zeit schwerste Auseinandersetzungen und Anschläge zur Folge haben. Ansätze zu einer ernsthaften Auseinandersetzung haben kirchliche, gewerkschaftliche und linke parteipolitische Gruppen sowie Initiativen des Juzi und der BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt entwickelt. Der enorme öffentliche Abwehrmechanismus gegen solche Veränderungen ist unter den derzeitigen Bedingungen jedoch nicht zu durchbrechen.

Nach Lage der Dinge in Niedersachsen wäre die günstigste Rahmenbedingung für die Chance eines Neuanfangs im Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt die Ablösung der CDU mit ihren Albrechts, Hasselmanns und Stocks durch eine rot-grüne Mehrheit am 13. Mai.

Matthias Grenda

"Es ist schwierig, die passenden Worte zu finden"

Der Tod der Antifaschistin Conny W. in Göttingen und die spezielle Rolle der Polizei: ein Thema, das auch nach Monaten noch Gegenstand öffentlicher Diskussion ist.

So stellte sich auf Einladung der Initiative *"Göttinger BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt"* der Leiter der Göttinger Schutzpolizei-Inspektion Lothar Will am 23.Januar einem Kreis von ca. 100 TeilnehmerInnen. Das auch bei dieser Gelegenheit die Polizei und insbesondere ihre Leitung zu keiner kritischen Reflexion ihrer Rolle fähig war, veranlaßte die Initiative zu einer Presseerklärung, in der die Forderung nach Offenlegung der Polizeistrategie., Ablösung von Lothar Will als Leiter der Schutzpolizei sowie Auflösung des Zivilen Einsatzkommandos wiederholt werden. Begründet werden diese Forderungen in erster Linie durch das Unterlassen der restlosen und öffentlichen Aufklärung des Polizeieinsatzes am 17.November vergangenen Jahres, der zu Conny. W.'s Tod führte und die Demonstration am 25. November nach sich zog. Will dazu:

"Es ist schwierig, die passenden Worte zu finden."
Das Gespräch fand über zwei Monate nach den Ereignissen statt, trotzdem war die Chance zu einer Nachbereitung von seiten der Polizei nicht genutzt worden. Den VeranstalterInnen drängt sich die Frage auf, ob dort tatsächlich Interesse besteht, aus Fehlern zu lernen oder Konsequenzen zu ziehen. Dazu O-Ton Will: "Daß sich ein Einsatz wie, in welcher Form, wiederholt, das gibt es eigentlich nicht." Weitere widersprüchliche Aussagen des Einsatzleiters lassen ahnen, daß ihm an entscheidenden Stellen der Demonstration vom 25. November 1989 der Überblick fehlte. Auf Rückfragen erklärte Will sich mehrfach für nicht zuständig - Einsatzleiter erteilen üblicherweise direkte Befehle - und war auch nicht bereit, für die Polizei-Aktion die Verantwortung zu übernehmen.
Durch diese Äußerungen sowie die Anschuldigung der angeblich kriminellen Auswertung des Polizeifunk-Mitschnittes oder die polizeiliche Fehl- und Falschinformation der Presse (Tränengaseinsatz am 17.11.1989) ist laut Erklärung der Initiative kein Ansatz zur Deeskalation der politischen Situation in Göttingen zu erkennen. "Die Polizei weigert sich offensichtlich, sich mit den Hintergründen von Rechtsradikalismus und Neofaschismus auseinanderzusetzen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen." Dazu Will: "Da muß man erst mal drüber nachdenken."
So ist das Fazit der Presseerklärung nicht verwunderlich: "Will weigert sich in voller Kenntnis und polizeilicher Verantwortung, kritischen Bürgern und der Öffentlichkeit gegenüber die Einsatzstrategie offenzulegen und zu verantworten. Eine solche Polizeileitung ist in einem demokratischen Land nicht zu akzeptieren." Es lassen sich also doch passende Worte finden.

Reinhard Borchers

Fußtritte für Antifaschisten

Brutale Polizeieinsätze gegen Antifaschisten auch in Hamburg, zuletzt anläßlich des provokativen Auftretens von Neonazis für eine großdeutsche Vereinigung. Ein beteiligter Beamter kritisiert das polizeiliche Vorgehen.

Lage: In der Hamburger Innenstadt sind mehrere Demonstrationen angekündigt.
* Die *"Nationale Liste"* und die *"Initiative für Blockfreiheit"* haben zu einer Demonstration für ein vereinigtes Deutschland aufgerufen.
* Sogenannte Antifa-Gruppen werden aus diesem Grund eine Gegendemonstration abhalten.
* Es finden dann noch zwei kleinere Demonstrationen von Ausländergruppen statt.
* Es ist verkaufsoffener Samstag, mit Protesten der Geschäftsinhaber der Innenstadt muß gerechnet werden.
* Nach Einschätzung des LKA 3 (Staatsschutzpolizei) sind Gewalttätigkeiten nicht auszuschließen.

So oder ähnlich könnte in stark verkürzter Form ein fiktiver Einsatzbefehl der Hamburger Polizei für den 3.März 1990 ausgesehen haben.
Aufgeboten wurden schließlich 1.500 Polizistinnen und Polizisten zum *"Schutz"* der Demonstrationen. Ursula Worch, Führerin der *"Nationalen Frauenfront"* und Anmelderin der Groß-Deutschland-Demo konnte ca. 100 Gefolgsleute aufbieten.
Auf der Gegenseite rund 3000 AntifaschistInnen der unterschiedlichsten Gruppen. Zu Beginn der Gegendemo am Karl-Muck-Platz befanden sich etwa 20 Rechte noch auf der Moorweide, dem Ausgangspunkt der Nazi-Demo. Entfernung: rund drei Kilometer. Der Rest war bereits unter den Banner der Reichs-Kriegsflagge auf dem Wege zu den Konsulaten der USA, Großbritanniens und Frankreichs um den *"Besatzern"* ihre Vorstellungen von einem vereinigtem, ausländergesäuberten Groß-Deutschland in den Grenzen von 1937, 39 oder gar 42 zu verklickern.
Dann kam, womit jeder rechnete. Die Antifaschisten bogen von ihrem vorgesehenen Demo-Weg ab und hin zur Moorweide, um die 20 verbliebenen Nazis zu vertreiben. Dort trafen sie jedoch nicht auf die erwarteten Faschisten, sondern auf mehrere Hundertschaften Polizei und die ach so bekannten Hochdruckwasserwerfer.
Was dann folgte, kann man nur als Chaos bezeichnen. Nach Steinwürfen auf die Polizeiketten und den sich dahinter befindlichen Nazis rastete die Staatsmacht aus. Sie stürmte auf die Gegendemonstranten zu, verprügelte alles, was in Knüppelreichweite war und trieb die Menschen mit Hilfe der Wasserwerfer zurück. Zurück über eine der Hauptverkehrsadern Hamburgs; Göttingen? Es hätte ebenso kommen können.
Ob die Prügelorgie der Polizei von irgendeinem Polizeiführer angeordnet wurde, oder, wie Gerüchte innerhalb der Polizei behaupten, daß plötzlich einige Polizistinnen und Polizisten *"durchknallten"* und die Hauereien begannen, bleibt letztlich völlig egal. Jede Polizistin, jeder Polizist weiß, daß bei gleichzeitigen Demos von *"Rechten"* und *"Linken"* die Luft geladen ist. Die Polizei hat die Verpflichtung, *beide* Demonstrationen zu ermöglichen. Die Verantwortlichen der Polizei können nicht, wie am 3. März geschehen, die Demo-Route festlegen und sich sonst auf das Beschützen der Nazis beschränken.
Zwei persönliche Gedanken zur Polizeitaktik (oder wie man das Vorgehen der Sicherheitskräfte auch nennen mag): Es wäre ein leichtes gewesen, die zwanzig auf der Moorweide verbliebenen Nazis anzuweisen, sich den anderen Rechten anzuschließen. Das Verbleiben der Nazis auf der Moorweide provozierte die Gegendemonstranten geradezu, den geplanten Demo-Weg zu verlassen. Die Verantwortlichen der Polizei hätten wissen müssen, daß die Polizei zum Angriffsobjekt wird, solange sich ein paar Nazis hinter ihren Reihen befinden.
Und dann die unsinnige Absperrung mitten auf der weitläufigen Moorweide: 200 Meter vor dem Platz mußten die Gegendemonstranten eine schmale Unterführung passieren oder gar durch den Dammtor-Bahnhof gehen, um überhaupt bis zur Moorweide zu kommen. Es wäre ein Leichtes gewesen, dort mit weniger Polizisten abzusperren und damit die Gefahr einer Konfrontation erheblich zu verringern.
Bilanz dieses Sonnabends:
Über 50 verletzte Antifaschisten, ein paar festgenommene Demonstranten und etliche zufriedene Polizisten, die endlich mal wieder prügeln konnten. Zur Verantwortung gezogene Polizistinnen und Polizisten: Keine. Die braune Sosse kann sich freuen, daß mal wieder die Polizei für sie die Arbeit erledigt hat. Das Glaserhandwerk ist für eine Woche ausgelastet und die Springerpresse kann mal wieder über den rechtsfreien Raum Innenstadt zetern.
Nachklapp: Montagabend im Nachtdienst. Die Glotze ist an - *"SPIEGEL-TV"*: ein Bericht über die Prügelorgie. Wortfetzen meiner *"Kollegen"*: *"Genau richtig, guck mal den da, den hat's richtig schön erwischt"* - *"eh, da ist noch viel zu wenig Blut aus'm Kopf rausgekommen"* - *"Hau ihm noch eins drauf"* - *"was soll denn der Scheißkommentar dazu, die Bilder sind ja echt geil, aber den Sprecher kann's ja wohl vergessen"* ....
Ich sitze daneben und halte den Mund.

Reinhard Borchers ist Polizist in Hamburg und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten.



Siegfried Jäger

Faschisten - auch in der DDR und wieso in der Sowjetunion?

"Daß der Faschismus nachlebt,"... rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten." Das schrieb Theodor W. Adorno im Jahre 1960. Und schon Jahre vorher konnte man bei Bertolt Brecht in den Aufsätzen über den Faschismus 1933-1939 lesen: "Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen."

Ja, wie denn? In der DDR und in der Sowjetunion ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln preisgegeben worden, haben sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den "Faschismus zeitigten" doch von grundauf geändert, und trotzdem erhebt er auch hier sein Haupt? Nein, eben nicht nur als Einzelgänger, wie man uns so lange glauben zu machen versucht hat, sondern als Bewegung, die zunehmend mehr Menschen an sich zieht. Und es sind auch nicht nur ein paar alte Nazis, die vielleicht jetzt, nach Perestroika und Glasnost und dem Fall der Mauer, "aus den Löchern kriechen", sondern massenhaft laufen auch Jugendliche bis hin zu Kindern von 13/14 Jahren Schönhuber und Kühnen und anderen Nazis nach. Es sind auch nicht etwa nur ein paar Spinntisierer oder nur ein paar hundert Skins oder ein paar tausend "Fußballfans", die sich interessant machen wollen oder Protest-Putz abziehen wollen, sondern, wie berichtet wird, auch "angesehene Bürger der Stadt, Lehrer und Beamte", die sich in Gruppen mit Namen von SS-Divisionen sammeln, die NS-Uniformen, Hieb- und Stichwaffen horten, NS-Schulungen und Versammlungen durchführen, "Traditionszimmer" herrichten, an Schönhuber Ergebenheitsadressen richten oder sich in Flugblättern an Alfred Rosenberg "Mythos des 20. Jahrhunderts" orientieren. Ähnliches geschicht in der UDSSR, wenn auch mit ein paar anderen nationalen Kennzeichen: Hier gibt es nicht nur ein nationalrevolutionäres Intellektuellen-Grüppchen namens Pamjat mit einigen Tausend Anhängern in Moskau und Leningrad, wie die emsige Elfie Siegel bereits am Dezember 1987 in der FR zu berichten wußte und wie man das offen in "Sowjetunion heute" vom Oktober 1987 nachlesen konnte; sondern Pamjat hat auch eine Millionenanhängerschaft in "Spießbürgertum und Proletariat", wie mir eine Moskauer Kunsthistorikern vor etwa zwei Jahren erzählte.

"Die Drahtzieher und führenden Köpfe des neuen Faschismus in der DDR, das ist meine feste Überzeugung, sind jedenfalls nicht im Westen zu suchen, sondern haben hier `überwintert' oder sind hier großgeworden."

Zitate von Konrad Weiß, aus: Die neue alte Gefahr, Kontext Nr. 5, 1989

Hielten wir das damals auch für übertrieben und zumindest gefärbt durch die offen anti-sowjtische Einstellung dieser Frau, so schreckten uns die Recherchen der Slawistin Karla Hielscher zum Rechtsextremismus in der Sowjetunion doch sehr nachdrücklich auf, zumal sie dichte Beziehungen zwischen den "neuen" Rechtsextremen und den alten stalinistischen Kadern bis tief in den "Apparat" hinein beobachten konnte, was ihres Erachtens die Gefahr eines "neostalinistischen Nationalismus" in sich berge, der zu einer ernsthaften Gefahr für Gorbatschows Perestroika zu werden drohe.

Diesen Tatsachen müssen wir ins Auge sehen. Mehr, wir müssen uns fragen, ob die theoretische Erklärung von Adorno, Brecht und vielen anderen stimmt, die einen wie auch immer vermittelten Zusammenhang zwischen kapitalistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und (der Möglichkeit von) Faschismus behaupten und - so Adorno- auch wissenschaftlich-empirisch nachgewiesen haben. Weil mir die Adornosche Erklärung am durchdachtesten und überzeugendsten erscheint, ohne daß ich seinen Pessimismus, daß man doch nicht viel dagegen ausrichten könne - eben weil der Faschismus und faschistisches Denken seine Existenz dem übermächtigen Kapital verdanke - teilen mochte, sei noch einmal in Erinnerung gerufen, wie Adorno diesen Zusammenhang zu bestimmen versucht hat. Ich tue dies - das sei gleich vorweg gesagt - auch mit der Absicht, die Frage zu beleuchten, ob und inwieweit seine Grundannahmen auf nicht-kapitalitische Gesellschaften zu übertragen sind.

Im Anschluß an die obige Aussage Adornos fährt dieser fort - und ich bitte, mir das folgende lange Zitat zu verzeihen, weil es doch die wesentlichen Grundgedanken Adornos auf den Punkt bringt:

Der Faschismus "kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden. Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie (die Menschen) leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten. Den Verblendungszusammenhang zu durchschauen, mutet ihnen eben die schmerzliche Arbeit der Erkenntnis zu, an welcher die Einrichtung des Lebens ... sie hindert. Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potential. Es wird verstärkt von der Unzufriedenheit und der Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert. Weil die Realität jene Autonomie, schließlich jenes mögliche Glück nicht einlöst, das der Begriff von Demokratie (und Sozialismus? S.J.) eigentlich verspricht, sind sie indifferent gegen diese, wofern sie sie nicht insgeheim hassen." (T.W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders. Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt 1971, S. 10-28, hier: S.22f.)

Als Adorno das schrieb, hat er mit den "objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen" des Lebens der Menschen und der "ökonomischen Ordnung" sicherlich an nichts anderes gedacht als an die Fortexistenz des Kapitals, die dieses "Reaktionspotential" in Teilen der Bevölkerung verursacht, das sie zur Entwicklung faschistischer Lösungsvorstellungen zurichtet und für rechtsextreme Ideologie insgesamt ansprechbar macht. Ohne daß Adorno ein allzu großer Befürworter des real existierenden Sozialismus gewesen wäre, wird er jedoch keineswegs an osteuropäische Gesellschaften gedacht haben, als er über Entstehungsbedingungen von Faschismus/Rechtsextremismus nachgedacht hat. Mit Sicherheit hat er aber auch nicht an die Reproduktionsformel des Kapitals (G-W-G) gedacht oder diese als magische Kraft betrachtet, die den Leuten die Köpfe verdreht; er hat natürlich an die Folgen für die Lebenspraxen der Menschen gedacht, wie diese sie verarbeiten und welche autoritären politisch-praktischen Begleiterscheinungen die staatliche Durchsetzung dieser Lebenspraxen mit sich bringen. Solche Lebens-

praxen und die sie begleitenden Kontrollmechanismen (autoritäre Bürokratie, Unterdrückung jeder Autonomie) können offenbar unter bestimmten Bedingungen auch in nicht-kapitalistischen Gesellschaften auftreten. Das behaupte ich hier zunächst einfach einmal, obwohl ich damit genaueren Untersuchungen und exakten empirischen begründeten Analysen vorgreife. Auch die Lebensbedingungen in real existierenden sozialistischen Gesellschaften "zeitigen" für große Teile der Bevölkerungen entsprechende nicht-autonome und von materieller und psychischer Not begleitete Lebenspraxen - gleichwie, wer dafür letztendlich verantwortlich zu machen ist. Ich muß in diesem Zusammenhang auf eine genauere Analyse der Verursachung verzichten, distanziere mich aber ausdrücklich gegenüber gewissen Rechts=Links-Totalitarismus-Theorien. Die Ursachen sind ziemlich komplex und beschränken sich keineswegs auf ein Alleinverschulden der östlichen Gesellschaften und ihrer herrschenden Schichten: Da ist zum einen ein militärischer und ökonomischer Druck von außen, der zu Mangel und Not beiträgt; da ist ferner

"Das Über-menschliche Maß der Schuld wie der Scham hat eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erschwert. Die Verbrecher wurden bestraft. Die Millionen Mitläufer und alle, die durch schweigende Zustimmung schuldig geworden waren, blieben weiter zum Schweigen verurteilt. Ihnen wurde die Gnade der Reue verweigert."
(Konrad Weiß, 1989)

im Innern eine autoritäre und entmündigende Führung, da gibt es defizitäre bis kriminelle Praktiken innerhalb der Führungselite, die den allgemeinen Mangel weiter verschärfen. Zum anderen werden die "sozialistischen Errungenschaften" aller gegenteiligen Evidenz zum Trotz gebetsmühlenartig dauerbejubelt; die schlechte Wirklichkeit wird so immer enger mit der Idee des Sozialismus identifiziert, was keine andere Folge hat, als diese auf den Hund zu bringen. Jeder durchschaut den Schwindel. Über die Ursachen der Misere macht er sich natürlich seine eigenen Gedanken. Dabei gerät er erst recht in ein böses Dilemma, wenn er - was nicht so schrecklich viele sein werden - ein geschulter MLer ist. Denn der von Stalin und Mitarbeitern verballhornte Marxismus/Leninismus gibt ihm ja keineswegs den Schlüssel in die Hand, den er bräuchte, um das Tor zur Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge zu öffnen. Das erklärt aber auch noch einmal, weshalb - wie berichtet - sehr viele sog. Intellektuelle und ehemalige Kommunisten nach rechts abgedriftet sind. Wenn das der Sozialismus ist, von dem wir geträumt haben, wenn das die Theorie ist, mit der wir die Wirklichkeit begreifen und verbessern können sollten - dann kann man sich davor nur schleunigst auf die Flucht machen. Was viele dann ja auch taten, deren Angst vor den Schrecken des Kapitalismus allmählich von der Angst vor den Schrecken des eigenen Systems übertroffen wurde.

Das Ergebnis solcher gedanklicher Auseinandersetzungen mit der eigenen Wirklichkeit ist nun mit Sicherheit noch nicht, daß diese Menschen fertige und geschlossene faschistische Weltbilder verinnerlichen würden; doch ihre Bereitschaft, sie zu akzeptieren, ist angestiegen.

Nun gibt es z.B. auch in der Sowjetunion eine ungebrochene Tradition nationalrevolutionären, faschistischen und monarchistischen Denkens, deren Stunde gekommen ist, wenn der Sozialismus "versagt" hat. Und dies ist zur Zeit der Fall, zumal die Nationalrevolutionäre um Pamjat und andere faschistische Kerne die unvermeidliche "Öffnung" nutzen können. Das könnte auch die sich abzeichnende Koalition von Faschisten und Alt-Stalinisten erklären, deren gemeinsames Interesse am Scheitern Gorbatschows sie für eine bestimmte Strecke Wegs zusammenkommen läßt. In dieser Situation können ziemlich platte, aber plausibel wirkende Lösungsangebote und Erklärungskonzepte von rechts die Massen oder doch Teile davon ergreifen (Beispiel: Die Juden sind schuld an der Misere!); aber auch anspruchsvollere Gemüter unter den Künstlern und Intellektuellen werden empfänglich für relativ zusammenhängende, meist mythologisch-religiös-biologistisch aufgeputzte Welterklärungskonstrukte. (Diese Unterscheidung ist wichtig. Während die Ansprache der Massen durch rechtsextreme Ideologen ziemlich flach und mit den disparatesten Mitteln erfolgt und z.B. auf einzelne Parolen wie Ausländer oder Juden raus abheben kann, ist die Funktion der anspruchsvollen und "geschlossenen" Weltanschauung, die der Faschismus darstellt und die sich letztendlich um biologistische Konzepte rankt, die, den Sinnbedarf der "Gebildeten" zu stillen, die zudem auch noch als Multiplikatoren rechter Ideologeme interessant sind.

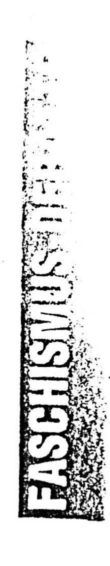
In der DDR zeigt sich Entsprechendes: Während einerseits trotz aller Unterschiede im Lebensstandard gegenüber der Bevölkerung der Sowjetunion verbreitet Mangel herrscht, und der läßt sich natürlich auch nicht nur materiell festmachen, während zugleich Selbstbeweihräucherung und autoritäre Bürokratie die Menschen verärgert und objektiv unterdrückt hat, verbessern sich andererseits die Möglichkeiten, faschistische Ideen öffentlich zu verbreiten. Diese Ideen haben einerseits sozusagen unter der Decke überlebt, andererseits werden sie von rechtsextremen Ideologen zunehmend von außen in die DDR hineingetragen. Einerseits haben sich die Existenzbedingungen faschistischer Gruppen und ihrer Ideologien, und andererseits haben sich deren Auftreffsbedingungen verbessert. Gegenüber der Bundesrepublik zeigt der aufkommende Rechtsextremismus nun abermals gewisse Besonderheiten, so zum Teil neben der in beiden Deutschlands verbreiteten Ausländerfeindlichkeit offenen Antisemitismus, überhaupt ein offeneres Anknüpfen an nationalsozialistische Traditionen, was in der BRD bereits "überwunden" ist, weil sich dies hier für einen Massen-

"Unsere Alltagskultur wurde nicht völlig entnazifiziert. Nicht das Individuum, das Einmalige, steht zuoberst auf der Werteskala, sondern die Masse, das Allgemeine. Nicht Originalität und Innovation haben den höchsten Stellenwert, sondern Unterordnung und Konvention. Nicht Widerspruch und Kritik sind wirklich geschätzt, sondern Anpassung und Duckmäusertum."
(Konrad Weiß, 1989)

einfluß als eher schädlich erwiesen hat. Deshalb kann auch für die DDR prognostiziert werden, daß diese "Offenheit" zurückgefahren werden wird.

Die "Adorno-These" bzw. auch andere Ansätze, die den Zusammenhang von Faschismus und repressiver Gesellschaftsform behaupten, kann daher meines Erachtens durchaus aufrechterhalten werden. Das sage ich mit dem Vorbehalt, daß es bisher keine genaueren Analysen über Ausmaß, soziale Verteilung und Organisationsstrukturen des Rechtsextremismus in nicht-kapitalistischen Ländern gibt. Auf jeden Fall wären die je spezifischen historischen und ideologischen Rahmenbedingungen dieser Gesellschaften genauer auszuloten. Im Prinzip wird aber m.E. weiterhin gelten: Wer vom Faschismus spricht, darf über seine gesellschaftlichen (politisch-ideologischen und ökonomischen) Ursachen nicht schweigen!

"Die Verarmung und Verirrung des Gefühlslebens, Kaltschnäuzigkeit und Brutalisierung, der Abbau des Gefühls für das Schöne, bereiten ein Vorfeld für Faschismus. Der Faschismus vernichtet den ganzen Menschen, seine ganze Humanität. Deshalb müssen wir den ganzen Menschen gegen dieses Gift widerstandsfähig machen. Dafür reicht die nackte Information, das blosse Wissen nicht aus"
(Konrad Wolf, 1979)



Wolfgang Becker

Hetendorf - Nazidorf ?

Beklemmender Ausnahmezustand in der Südheide: Lautstarke Heilrufe und Gesänge, uniformierter Drill im Gelände, nächtlicher Fackelaufmarsch.

Alljährlich zu Pfingsten bestimmen angereiste Neonazis das Bild der 150-Seelengemeinde Hetendorf, einem abgelegenen Örtchen am Truppenübungsplatz unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

Zu den *"Tagen Volkstreuer Jugend"* treffen sich seit 1986 die rechten Ultras der *"Wiking-Jugend"*, *"Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"* und *"Nationalistischen Front"* im Zeltlager auf einem Grundstück, das vor rund zehn Jahren von Hamburger NS-Freunden gekauft wurde.

Zu zwei Dritteln gehört das mit drei Gebäuden bebaute Grundstück einem *"Freundeskreis Filmkunst e.V."*, mit einem Drittel ist die *"Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"* beteiligt. Deren Vorsitzender, Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg, sorgte jetzt unter den Bewohnern Hetendorfs für erhebliche Unruhe. Bei der Zwangsversteigerung eines weiteren Grundstücks gab er für seinen Verein mit 312.000 Mark das Höchstgebot ab.

Die Angst, von den ungebetenen Gästen in die Zange genommen zu werden, brachte die bis dahin eher zurückhaltenden Dörfler auf die Barrikaden. Hinzu kam wohl auch die Befürchtung, als Nazi-Dorf eingestuft zu werden und noch mehr Aufmerksamkeit zu bekommen. So war bereits im Dezember 1984 ein Gebäude von unbekannten Nazi-Gegnern in Brand gesteckt worden; im Oktober 1987 zogen rund 500 Antifaschisten durchs Dorf, um gegen ein geplantes Wiking-Jugend-Lager zu protestieren. Die Polizei kesselte die Demonstranten auf dem Dorfplatz ein, die Neonazis waren vorab gebeten worden, an diesem Wochenende lieber nicht zu erscheinen.

Einen zweiten Nazi-Stützpunkt am anderen Ende des Dorfes mochten die Hetendorfer jedenfalls nicht hinnehmen. Sie schrieben an die versteigernde Bank, wandten sich an Politiker und machten die Medien mobil. Das Ergebnis: Den Neonazis wurde der Zuschlag nicht erteilt und die Versteigerung soll am 25. April wiederholt werden. Wer dabei zum Zuge kommen wird, ist offen. Auch die niedersächsische Landesregierung ist als Kaufinteressent im Gespräch. Ministerpräsident Ernst Albrecht in einem Zeitungsgespräch wörtlich: *"Lassen Sie mich mal machen."*

Und ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte Anfang April im Landtag, daß es sehr konkrete Pläne für eine Übernahme des Gebäudes in Landeseigentum gäbe. Nach jahrelanger Untätigkeit und Verharmlosung des Hetendorfer Nazi-Treffpunktes soll nun zumindest eine Ausweitung gestoppt werden.

In diesem Sinne ist wohl auch ein im März erschienener Bericht in *"Unsere Sicherheit"* zu verstehen, einer Publikation des niedersächsischen Innenministeriums. Darin wird aus der Zeitschrift *"Neue Anthropologie"* des fragwürdigen Rieger-Vereins zitiert: *"Durch Heirat mit Ausländern, Adoption fremder Kinder, Einströmen von Asylanten und Familienzusammenführung bei Ausländern wird die Vermischung des deutschen Volkes mit fremdem Erbgut planmäßig vollzogen."* Die Aktivitäten der *"Rechtsextremisten"* hätten Polizei und Verfassungsschutz allerdings unter Kontrolle: *"Die Landesregierung hat die bisherige Situation in Hetendorf immer mit großer Aufmerksamkeit verfolgt"*, heißt es.

Dorfbewohner sind da anderer Meinung. *"Wir haben hier immer nur Nazis, nie Polizei gesehen"*, sagen sie. Vor allem die Jüngeren sind stinksauer. Sie fühlen sich seit langem von den Verantwortlichen im Stich gelassen, haben keine Lust mehr in *"Nazidorf"* zu leben. Eine Eskalation der Stimmung beim nächsten Pfingstlager ist zu erwarten. Schon jetzt gab es nach Polizeiangaben anonyme Bombendrohungen gegen einen Bauern, einem der Wortführer des Anti-Nazi-Protestes. Ihm ist auch ein Flugblatt gewidmet, das unlängst im Dorf verteilt wurde. *"Wir haben uns genau gemerkt, wer uns im Dorf verleumdet, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat. Und wir haben ein gutes Gedächtnis"*, heißt es darin. *"Wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Rache muß kalt genossen werden."* Unterschrift: Jürgen Rieger, Vorsitzender.

Von der erwünschten Ruhe ist Hetendorf also noch weit entfernt. Zwar hat Rieger, wegen der angeblichen *"Terrorkampagne"* sein Kaufinteresse für das zweite Gebäude zurückgezogen. Doch nazifrei ist das Dorf noch lange nicht. *"Wir bleiben hier"*, tönt der unerwünschte Neu-Hetendorfer in seinem Flugblatt, *"Sie werden mit uns in der Nachbarschaft auch in den nächsten Jahrzehnten leben müssen."*

Genau das aber wollen die solange geduldigen Dorfbewohner nicht. Initiativen der Gemeinde Hermannsburg - zu der Hetendorf gehört – und eines ökumenischen Arbeitskreises zielen auf Verbot und Auflösung des bestehenden Nazitreffs.

Drohbrief gegen Gewerkschafter

Mit einem Drohbrief von einer *"NSDAP Gauleitung Hamburg"* wollen Neonazis einen aktiven Gewerkschafter, der gleichzeitig Mitglied des Ausländerbeirates der Stadt Osnabrück ist, einschüchtern.
Der Drohbrief hetzt gegen *"die in einem totalen Rassenchaos endende multikulturelle Gesellschaft nach amerikanischem Muster"*. Die anonymen Verfasser des Briefes schwelgen in völkischem Gedankengut und halten es für eine *"abstruse Idee, Deutsche Volksgenossen aus Mittel- und Ostdeutschland mit fremdländischen Asylbetrügern auf eine Stufe zu setzen"*.
Drohend wird dem Gewerkschafter bedeutet, *"das grosszügige Gastrecht (seiner) Gastgeber nicht länger auf die Probe zu stellen"*.
Die Gewerkschaft Handel,Banken und Versicherungen hat sich mit einem Brief an den Rat der Stadt Osnabrück erklärt:
"Die Angriffe, die aus neofaschistischer Ecke unter der Überschrift der Rassenreinheit und des arischen Deutschtums gegen unseren Kollegen gerichtet sind, richten sich auch gegen uns." Rat und Verwaltung werden aufgefordert, alles in ihren Kräften stehende zu unternehmen, um Ausländerhetze und Fremdenfeindlichkeit den Kampf anzusagen.

REP-Funktionär betreut Neonazis

Der erst im September 1989 in den Braunschweiger REP-Kreisvorstand gewählte Uwe Freen hat Mitglieder der *Nationalistischen* [illegible] NF zum Kennenlernen eingeladen [illegible]

[illegible]

Zielgruppe Skinheads - darauf hin, daß die Interessenten nüchtern und in Zivilkleidung zu erscheinen hätten.
Die ausdrückliche Anordnung *"Keine Uniformen, keine Waffen!"* weist auf den aggressiven Charakter der NF hin, deren Mitglieder wiederholt in terroristische Aktivitäten verwickelt waren. So wurde am 2. April vor dem Landgericht Amberg ein Prozeß gegen das NF-Mitglied Josef Saller wegen Brandstiftung eröffnet: Vier Menschen starben, weil er gegen Ausländer Feuer legte.

Täter oder Opfer?

Die Zeitung des Reservistenverbandes der Bundeswehr *"loyal"* berichtete in ihrer Märzausgabe von einer Veranstaltung im Soldatenheim Scheuen. Das Geschichtsbild dieser *"wehrpolitischen Öffentlichkeitsarbeit"* wird darin schlaglichtartig deutlich: Ein Oberstleutnant Saft, *"Berufssoldat und engagierter Freizeithistoriker"* referierte zu dem Thema *"Krieg in der Heimat"*. In dem *"loyal"*-Bericht heißt es: *"Die dramatischen Begebenheiten schilderte der Redner in nüchtern-sachlicher Art, ging im Detail auf die vielen Einzelgefechte und die Verhandlungen um das Konzentrationslager Bergen Belsen ein und sagte anschließend: Im Frühjahr 1945 verteidigten die deutschen Soldaten ihre Heimat, sie taten dies ehrenhaft und aufopfernd* [illegible] *Befreier, sondern als Sieger* [illegible] *die norddeutsche Bevölkerung* [illegible] *Bombenterror* [illegible]

REP: Intellektualisierung gescheitert

[illegible]

der Intellektualisierungskampagne der REP sein sollte, ist bereits nach Erscheinen der ersten Nummer eingestellt worden.
Noch in der März-Ausgabe des Parteiorgans *Der Republikaner* wurde die zweite Ausgabe des "politischen Magazins für Deutsche" ganzseitig angekündigt. Aufmacher sollte ein Artikel zu den *"Faschisten in Südtirol"* werden. Doch das Aus kam umgehend für die Zeitschrift, die *"Pfade ins Dickicht der Polit-Propaganda"* schlagen und dafür eintreten wollte, *"sich von raumfremden Mächten ab(zu)nabeln"*.
In Nummer vier des *Republikaner* wird knapp mitgeteilt, daß sich der REP-Bundesvorstand von Machart und Inhalt des Blattes distanziere, weil es parteischädigend sei und nicht dem erwarteten intellektuellen Niveau entsprochen habe. Auch der verantwortliche Chefredakteur, Harald Neubauer, ging sicherheitshalber auf Distanz: Er habe sich als bayrischer Landesvorsitzender und EG-Abgeordneter nicht um das Projekt gekümmert und insofern keine Ahnung vom Inhalt gehabt.
Ebenfalls gescheitert scheint der Versuch zu sein, an den Universitäten Fuß zu fassen. Für den Bundesvorstand des *Republikanischen Hochschulverbandes* (RHV) gab Alexander von Schrenck-Notzing die Auflösung des Verbandes zum März 1990 bekannt. Er selbst soll inzwischen die REP verlassen haben. Der anfangs heftig hofierte Sohn des Criticon-Herausgebers und WMF-Aktionärs, Caspar von Schrenck-Notzing wird nun im Parteiorgan als *"blasierter politischer Karieretyp"* klassifiziert.

Adolf Hitler - der Einhunderteinste

[illegible] Jahre [illegible] Feierlichkeiten [illegible] Geburtstag am 20. April. [illegible] neben zahlreichen [illegible] an den Ext[illegible] im Landkreis Schaumburg-Lippe [illegible] gehen. An den [illegible] Freunden altgermanischer Riten [illegible] hohem Kurs stehenden Felsbrocken will sich - so die letzte Information - ein Kreis von Neonazis treffen, um den Namenstag gebührend zu begehen.

Gitarre kontra Hakenkreuz

In Ostfriesland wird die Rockmusik-gegen -Rechts-Bewegung der siebziger Jahre wiederbelebt.
Auf einem Festival am 20. und 21. April im Dörfergemeinschaftshaus Bingum werden voraussichtlich neun Musikgruppen der unterschiedlichsten Richtungen aufspielen - ohne Gage und mit sämtlichen organisatorischem Kleinkram auf den Schultern.
"Rockmusik kann in der heutigen Zeit nicht unpolitisch. Rockmusiker dürfen nicht politisch desinteressiert sein", sagt Initiativensprecher Rüdiger Schaffenberg und betont den überparteilichen Charakter der Gruppierung: *"Unser Minimalkonsens ist, daß der Einzug rechtsextremistischer Parteien bei den Landtagswahlen am 13. Mai verhindert werden muß."*
Die veranstaltende Initiative Rock gegen Rechts trifft sich jeden Mittwoch um 20 Uhr im Jugendzentrum Leer in der Friesenstraße.

Peter Kratz

"Deutsche Unitarier": Völkisch rassistische Sekte aus Wohlfahrtsmarken finanziert

Vom 27. Juli bis 2. August findet in Hamburg der 27. Weltkongreß des "Weltbundes für religiöse Freiheit" (International Association for Religious Freedom, kurz iarf) statt. Der Kongreß wird mitvorbereitet von der völkisch rassistischen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR). Als Hauptredner ist der bekannte linkskatholische Theologe Hans Küng angekündigt, der bisher nicht als Freund von Neofaschisten galt. Teile des Kongreß-Programms werden bereits ab dem 22. Juli in der DUR-"Jugendbildungsstätte Klingberg" an der Ostsee ablaufen - ausgerechnet die Studientage unter dem Titel "Religion und Politik".

Die DUR, die in Norddeutschland Schwerpunkte in Schleswig-Holstein, Hamburg, im Raum Hannover/ Braunschweig und Osnabrück hat, entstammt direkt den höchsten Leitungskadern der NSDAP. Als am 8. Mai 1945 der Faschismus besiegt war, suchten Nazi-Ideologen und Praktiker nach Überlebensstrategien: Eine war das Recht auf freie Religionsausübung. Der *"deutsche Glaube"*, der bereits bei dem Urvater der deutsch-völkischen Bewegung, **Paul de Lagarde**, am Anfang seiner Propaganda stand, wurde zu ihren Katakomben.

Die Nazis hatte Lagarde als einen ihrer geistigen Vorbereiter adoptiert. So hatten die NSDAP-Chefideologen **Houston Steward Chamberlain** und **Alfred Rosenberg** in zahlreichen Büchern eine *"germanistische Religion"* als geistige Grundlage des Faschismus gegen das *"Judaochristentum"* gesetzt. Nun, nach der Niederwerfung des Faschismus, trafen sich Anhänger und enge Mitarbeiter Rosenbergs, hohe Funktionäre von SA, SS und NSDAP, Ideologen und Täter des Nazismus ausgerechnet im Internierungslager Ludwigsburg, das von der US-Army für Nazi-Verbrecher eingerichtet worden war. Hier wurde ein Zusammenschluß verabredet, der Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre in die *"Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft"* mündete.

Fast alle hohen Funktionäre der DUR waren NS-Größen gewesen, zahlreiche Mitglieder waren vor 1945 bei den faschistischen *"Deutschen Christen"* oder der *"Deutschen Glaubensbewegung"* des antisemitischen Hetzers und Rosenberg-Verehrers **Wilhelm Hauer**. Gegen Juden- und Christentum gab es für diesen radikalen Neuheiden *"nur eine Lösung: Kampf bis zum Sieg!"*

Der Rassist Hauer hatte noch im November 1944 (Aachen war bereits befreit) gehofft *"...daß im Willen Adolf Hitlers in der Tat der Wille Gottes zum Ausdruck kommt ... Heil Hitler! gez. Hauer"*. In den 50er Jahren empfahl das oberste theologische Gremium der DUR, der *"Geistige Rat"*, allen Sektenmitgliedern Hauers Buch *"Der deutsche Born"* als Gebetbuch. Hauer war nach Aussagen abgesprungener Sektenmitglieder der *"Papst"* der DUR, auf den man sich im Sektenorgan *"unitarische blätter"* auch heute noch beruft.

Die Reinheit "Deutscher Unitarier"

In den 50er Jahren bekamen die DUR-Jugendlichen *"Zehn heilige Pflichten"* ausgehändigt, von denen die vierte hieß: *"Halte Dein Blut rein!"*; die Nazi-Kinder mußten versprechen auch in der BRD *"später nur Ehegatten aus deutschem Blute"* zu wählen. Nach Dudek/Jaschke (*"Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus"*) wurde die Wiking-Jugend unter anderem als ein Zusammenschluß mit der deutsch-unitarischen Jugend gebildet. Noch in den 70er Jahren schickten Eltern der Unitarier-Sekte ihre Kinder auf ein Zeltlager der Wiking Jugend.

1983 wurde mit **Eberhard Achterberg** der ehemalige Chefredakteur der Nazi-Intellektuellen-Zeitschrift *"Nationalsozialistische Monatshefte"* zum Leiter des "Geistigen Rates" der DUR gewählt. Die Zeitschrift wurde von Alfred Rosenberg herausgegeben, dem Nazi-Minister *"für die besetzten Ostgebiete"*, wo Hauers *"Kampf bis zum Sieg"* über die Juden in den Vernichtungslagern stattfand. Achterberg, dessen Nazi-Texte bis heute von der DUR verbreitet werden, war schließlich im NSDAP-*"Amt Rosenberg"* Leiter Abteilung für *"Jugend und Freimaurerfragen"*.

Hauers Kampfgefährte **Fritz Castagne** war bis in die 80er Jahre Chefredakteur des DUR- Sektenorgans; Anfang der 80er gründete er die *"Kieler Liste für Ausländerbegrenzung"* mit, die sich inzwischen weitgehend den REP angeschlossen hat. *"Landesgemeindeleiter"* von Nordrhein-Westfalen war in den 70er Jahren der NSDAP-Reichstagsabgeordnete und Reichsamtsleiter der *"Deutschen Arbeiterfront"*, **Otto Wetzel**, der später auch bei der HIAG und als Kandidat der NPD auftrat. SA-Dichter **Herbert Böhme**, Mitbegründer des *"Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes"* (DKEG) und der *"Deutschen Unitarier"*, schrieb unter Achterbergs Chefredaktion vor 1945 in den *"NS-Monatsheften"*, ebenso der Rassist **Lothar Stengel-von Rutkowski**, der schon vor 1933 Mitglied des *"Rasse- und Siedlungsamtes"* der SS, in den 40er Jahren dann Kämpfer der Waffen-SS war.

Bis Ende 1988 langjährige Vize- und Ehrenpräsidentin sowie bis heute anerkannte Chefideologin der DUR ist **Sigrid Hunke** vom Kasseler *"Thule-Seminar"*. Der heutige Sektenpräsident **Horst Prem**, ein Ingenieur des Waffen- und Weltraumkonzerns MBB Ottobrunn, sprach 1985 die Laudatio auf Hunke, als ihr die Ehrenpräsidentschaft verliehen wurde. Kurz vorher hatte sie den *"Schiller-Preis"* des DKEG entgegengenommen. Prem selbst lobte noch vor wenigen Monaten in den *"unitarischen Blättern"* einen Nazi-Spruch auf den Dächern des KZ Dachau (*"Es gibt nur einen Weg zur Freiheit: Gehorsam, Ehrlichkeit, Sauberkeit..."*) als vorbildliche Aufzählung von Tugenden und fand die KZ-Schergen hätten in Dachau *"den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht"*.

Hauer und Stengel-von Rutkowski gründeten die *"Freie Akademie"* in Wiesbaden, die ebenso wie die *"Unitarische Akademie Hamburg"* und die *"Bildungsstätte Klingberg"* über ihre Mitgliedschaft im Paritätischen Bildungswerk aus Wohlfahrtsmitteln unterstützt wird. Die DUR selbst ist Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und steht offenbar unter dem besonderen Schutz von dessen Hauptgeschäftsführer Klaus Dörrie. Wie parlamentarische Anfragen von SPD und Grünen im Bundestag im Dezember 1989 ergaben, hat das *"Hilfswerk der Deutschen Unitarier"* aus den Zuschlägen der Sonderpostwertzeichen *"Für die Jugend"* für den Bau von Klingberg knapp 200.000 Mark erhalten. Das *"Hilfswerk"* der nazistischen Mini-Sekte erhält vom DPWV aus den Wohlfahrtsmarken jährlich 4.000 Mark.

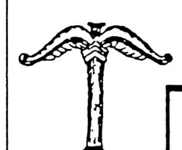
Nazistische Tarnorganisation

Um Geld ging es auch bei einem Prozeß, den die *"Deutschen Unitarier"* ge-

gen zwei Antifaschisten der *"Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus"* angestrengt hatten, um ihnen die Verbreitung bestimmter Behauptungen verbieten zu lassen. Das Berliner Landgericht erteilte den Nazi-Freunden jedoch eine Absage. Es darf nun weiter behauptet werden, bei der DUR handele es sich um eine *"völkisch-rassistische Sekte"*, die *"mit Fug und Recht als nazistische Tarnorganisation bezeichnet"* werden könne. Die Berliner Richter schreiben in ihrer Urteilsbegründung vom Januar 1990, es sei erwiesen, *"daß bis in die jüngste Vergangenheit beim Kläger (der DUR, Anm. d. Redaktion) in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben"*.
Auch dieses eindeutige Urteil hat bisher weder den DPWV noch die iarf, in der die Sekte ebenfalls Mitglied ist, zum Ausschluß der *"nazistischen Tarnorganisation"* bewegen können - das Image der Wohlfahrtsmarken ist also weiterhin in Gefahr.
Ebenfalls unbeeindruckt von der NS-Herkunft und neofaschistischen Gegenwart der DUR zeigt sich die *"Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen"*. Rechtzeitig zum Berliner Prozeß brachte sie ein äußerst positives Buch über die *"Deutschen Unitarier"* heraus, über das man allerdings nach einem Urteil des Landgerichtes Gießen behaupten darf, es handele sich um eine *"unkritische und wissenschaftlich nicht abgesicherte Darstellung"*, sein Autor habe *"weder die Quellen noch die einschlägige Sekundärliteratur zu diesem Problem ausreichend studiert"* und erwähne *"an keiner einzigen Stelle die faschistischen Bezüge der Sekte"* - ein hartes Urteil für die angeblichen Sektenexperten der evangelischen Kirche.

Unterstützung durch Küng ?

Im Hamburger Congreß Center soll nun der 27. Weltkongreß der iarf mit großer Unterstützung der Deutschen Unitarier tagen - ob sich japanische Buddhisten, US-amerikanische Juden oder Freichristen des Balkans da wohlfühlen werden? Denn auch die iarf, die sich vom New-Age-Boom Zulauf erhofft, ist nicht unbeleckt.
Sie beruft sich auf eine *"Geschichte des Weltbundes"* aus der Feder von einer Unitarierin, die auch ein Geleitwort enthält, im dem sich der (deutsche) iarf-Generalsekretär **Dieter Gehrmann** auf die "völkische Theologie" und namentlich auf Hauer bezieht. Und der Vize-Vorsitzende der deutschen Mitgliedsgruppe der iarf, **H.-D- Schlingeldorf**, schrieb im Dezember 1989 an die *"Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus"* über die bisher einzige DUR-Ehrenpräsidentin und *"Thule-Seminar"*-Mitarbeiterin Sigrid Hunke: *"Was ihr vorzuwerfen ist: Nur ihr Führungsanspruch. Nicht die Gesamtheit ihres geistigen Wirkens war anzugreifen, als vielmehr der Anspruch von 'Unfehlbarkeit'. War denn alles, was Martin Luther dereinst zu Papier gebracht hatte, deshalb reine Dummheit oder Verwerflichkeit, nur weil er sich auch einmal sehr negativ über die Juden äußerte? 'Nobody is perfect' oder 'Irren ist menschlich'"*.
Sechs Millionen ermordete Juden: *"Irren ist menschlich"*!
Bleibt die Frage: Was hat der Linkskatholik Hans Küng mit derartigen Fascho-Sekten zu schaffen? Noch ist er als Festredner des Kongresses angekündigt - ebenso wie Monika Griefahn, Ex-"Greenpeace"-Aktivistin und Anwärterin auf das Amt der niedersächsischen Umweltministerin im Schattenkabinett des SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröders.



Ahnenstättenverein Conneforde e.V.

Grabgestaltung

Um das Äußere einer einheitlichen, waldähnlichen Gedenkstätte zu erhalten, bitten wir folgende Hinweise zu beachten:

1. Gedenksteine: Nur Findlinge oder Natursteine.
Schrift: Deutsche Schriften wie Gotisch, Fraktur, runenähnliche Schrift. Eingeschlagen oder erhaben.
Keine Metallbuchstaben.
Zeichen: Y = Geburtstag; ⅄ = Todestag.
Nicht gestattet: christliche Zeichen ✱ - †
Empfohlener Steinmetzmeister: Joh. Steinbach, 2930 Varel 1, Oldenburger Str. 18, Fernruf 04451/5991
Erwerb von Findlingen durch: Gerhard Brumund, 2901 Wiefelstede 1-Conneforde, Fernruf 04458/377 und Joh. Steinbach, s.o.

2. Anlage der Grabstellen:
Grenze: Vorn lks. Nr.-Stein der Stättenverwaltung. Hinten evtl. 2 kleine Findlinge. Am Weg evtl. Flintenkante. Keine Grüppen zwischen den Gräbern.
Bepflanzung: Beachten Sie die Ansprüche der Pflanzen an den Boden (feucht-trocken), an Sonne und Schatten. Pflanzen Sie nur Zwergarten (niedrige Sträucher). Unser Stättenwart berät Sie gerne.
Unser Vorschlag: Heide, Heidelbeere, Efeu, Bickbeere, Waldrebe, Waldmeister, Anemone, Schneeglöckchen, Märzbecher, Maiglöckchen, Immergrün, Ziergräser. Bei besonderen Anlässen legen Sie Gestecke.
Nicht gestattet: Gartenblumen aller Art, Schnitt- u. künstl. Blumen.
Nicht erwünscht: Nadelgewächse, Koniferen, Birken.

Die Ahnenstätte ist Ausdruck und Inhalt unserer Gemeinschaft!

Keine Satire: Germanische Ordnung muß sein...



Angelo Lucifero

Gehversuche in Jugendbildungsarbeit

Der Widerstand gegen Ausländerhetze, Rassismus und faschistische Ideologien ist zu sehr auf den Kreis der aktiven GewerkschafterInnen begrenzt. Vielerorts vertreten unsere Funktionäre noch die Meinung, daß Gegenaktionen die Rechtsextremen nur aufwerten. Mit einer gewisse Häme und Überheblichkeit könnte sich die DGB-Jugend Hessen zurücklehnen und feststellen: Hättet Ihr nur auf uns gehört. Doch der Anlaß, das rapide Ansteigen rassistischer Erklärungsmuster bei Jugendlichen und das Abschneiden der Neofaschisten bei den Wahlen, 1989 gibt eher Anlaß zu Trauer und Nachdenklichkeit.

Trauer darüber, daß es uns nicht gelungen ist, Konzepte antirassistischer Jugendbildungsarbeit durchzusetzen und damit präventiv gewirkt zu haben. Nachdenklichkeit darüber, wie es uns gelingen kann, wirksam unsere Jugendarbeit nach dem Prinzip der Gleichheit, Solidarität und Freiheitlichkeit zu organisieren. Das Neuaufkeimen neonazistischer Aktivitäten und die wachsende Ausländerfeindlichkeit war für uns (Ende der 70er) Anlaß, bisherige Bildungskonzeptionen zu überarbeiten. In allen Bildungsveranstaltungen, gleichgültig ob Grundlagenseminare oder Funktionärsbildung, sollte die Lage der ausländischen KollegInnen mitdiskutiert und die Notwendigkeit solidarischen Handelns entwickelt werden.

Dem folgend haben wir in den Seminaren nicht nur die Arbeits- und Lebenssituation der TeilnehmerInnen, sondern auch die der ausländischen Kolleginnen untersucht, die Ursachen für die Probleme analysiert, die wahren Verantwortlichen genannt und der Aktionsorientierung größeres Gewicht verliehen. Dabei wurde die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen von deutschen und ausländischen Jugendlichen in den Vordergrund gestellt.

Nach langer Pause führte die DGB-Jugend Hessen 1981 wieder Multiplikatorenschulungen zum Thema Faschismus und Rassismus durch. Dabei lag im Unterschied zu den traditionellen Geschichtsseminaren der Schwerpunkt nicht auf der historischen Betrachtungsweise, sondern auf der Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungsformen von Faschismus und Rassismus, den sich dahinter verbergenden Interessenlagen und einer konkreten antifaschistischen Handlungsorientierung.

Mitte der achtziger Jahre hat die Reflektion der gemachten Erfahrungen folgendes konstatiert:

* Der Anteil an TeilnehmerInnen mit rassistischen Erklärungsmuster stieg bei offenen Angeboten von ca. 10 auf 30 Prozent.
* Dabei wuchsen Elemente der Gewaltakzeptanz und dem Neofaschismus entliehene Forderungen rapide an.
* Erkenntnistheoretische, d.h. rationale Prozesse reichen nicht aus, um diese Erklärungsmuster zu brechen und durch humanistische Alternativen zu ersetzen.

Konsequenzen daraus waren die Verstärkung der Multiplikatorenschulungen durch Tages-, Wochenend- und Wochenschulungen sowie die Analyse der Entwicklung des Neofaschismus, rechtsextremistischer Erklärungsmuster bei Jugendlichen und die Überarbeitung unserer Bildungskonzeptionen nach inhaltlichen und methodischen Gesichtspunkten. Dieser Prozeß ist keinesfalls abgeschlossen.

Konsequenzen für Antifaschisten

Kampf gegen Rassismus, Militarismus und Nationalismus, für eine Gesellschaft, die nach den Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Solidarität aufgebaut ist, ist die Maxime antirassistischer Jugendbildungsarbeit. Bisher wurde sie folgendermaßen umgesetzt:

* Jugend Stufe I/II - zentrale Orientierung auf Erkennen der wahren Ursachen von Krise, Arbeitslosigkeit usw. und Orientierung auf solidarisches Handeln.
* Jugend Stufe II/III- Themenlehrgänge zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und zum Faschismus - Aufarbeitung der Geschichte und der Ursachen des Faschismus
* Antifa-Arbeitstagungen - Auseinandersetzung mit den Strategien des (Neo)Faschismus und Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenstrategien
* Geschichtsprojekte, Gedenkstättenarbeit, Spurensuche, Kulturarbeit usw..

Neue Anforderungen an die Jugendbildungsarbeit ergeben sich durch die gesellschaftlichen Veränderungen in den 80er Jahren. Wesentliche Merkmale sind die Durchsetzung konservativer Hegemonie eine Ideologie der Ungleichheit, das Erstarken faschistischer Organisationen wie der REP (nicht als Ursache, sondern Motor dieser Entwicklung) sowie die aktuelle Phase der Ausländerfeindlichkeit.

Mehr als 50 Organisationen und 60 Publikationen betreiben in Hessen teils offen teils getarnt (z.B. in Bürgerinitiativen für Ausländerstopp) faschistische Hetzpropaganda. In zunehmenden Maße beschränkt sich der Neofaschismus nicht auf verbale Angriffe, sondern übt Terror gegen ausländische BürgerInnen, Gewerkschaften, Antifaschisten und andere fortschrittliche Kräften aus. Im Programm aller neofaschistischer Gruppierungen und Parteien steht die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mittelpunkt.

Die Bekämpfung der Forderungen nach Durchsetzung der Menschenrechte hat in der Geschichte das gleiche Strickmuster. Stichworte sind pro Kapital und Erhaltung der Klassengesellschaft, antimarxistisch - antisozialistisch, gewerkschaftsfeindlich, frauenfeindlich, rassistisch, nationalistisch, demagogisch und terroristisch.

Faschismus wird von den Herrschenden gefördert, wenn durch Krisen die üblichen Herrschaftsformen ins Wanken geraten. Die Zunahme neo/faschistischer und nationalistischer Gruppen ist kein Zufall, sondern Ergebnis von strategischen Prozessen in der Rechten, die seit Anfang der siebziger Jahre auf eine Vereinheitlichung und Veränderung der rechtsextremen Szene in Sprache und Strategie zielen. Die REP stellen die modernste Variante des deutschen Faschismus dar.

Die gleichen Faktoren, die systemerhaltendes Bewußtsein produzieren, sind verantwortlich für die Tatsache, daß immer mehr Jugendliche *"rechts denken"* (rund 40%) und *"rechts handeln"* (rund 15% nach Heitmeyer).

Eine wesentliche Bedingung für die weitere Entwicklung rechtsextremistischer Orientierungen liegt in der veröffentlichten Meinung, die dann eine problematische Rolle einnimmt, wenn Rassismus als "Tabu" insbesondere durch Politiker aufgehoben wird. Je höher der Normalitätsgrad einer politischen Position (etwa einer rigiden Ausländerhetze der CDU im Wahlkampf) ist, desto niedriger wird die Chance zu einer öffentlichen Problematisierung und desto leichter fällt auch die Übernahme solcher Positionen und entsprechendes Handeln.

Dies kann sich allerdings nur auf Grundlage verschleierter Verhältnisse vollziehen: Ein wesentlicher Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus ist eine entwickelte Sozialpartnerschaft (Gemeinwohl), in der das Interesse an "deutschen" Arbeits-



plätzen als Gegensatz zu denen im Ausland formuliert wird. Solche Tendenzen gibt es z.B. in der Werft- und Stahlindustrie (Subventionen). Dabei wird verwischt, daß Arbeitslosigkeit durch die Produktionsverhältnisse verursacht wird und die Rolle der ArbeiterInnen hier sich nicht unterscheidet von der etwa japanischer oder spanischer ArbeiterInnen.

Arbeitslosigkeit ist zwar hauptsächlicher Nährboden, aber nicht alleinige Ursache für rassistisches Denken und Handeln. Unterstützt durch die konservative Herrschaft ist es dem Neofaschismus gelungen, die Ideologie der Ungleichheit im Massenbewußtsein zu verankern.

Beim Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit geht es nicht nur darum, die Ausländer zu schützen. Vielmehr vertritt die Arbeiterbewegung damit ihre ureigensten Interessen: Solidarität, gemeinsame Klassenziele, gemeinsame Interessenvertretung und damit Verhinderung der Spaltung. Ausländerfeindlichkeit ist Arbeitnehmerfeindlichkeit! Die gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Vernichtungspolitik der Nazis wird verschwiegen, weil sie dessen Klassencharakter bloßlegen würde.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer antifaschistischen Strategie muß es sein, dies herauszustellen und die Frage zu beantworten, *"Wem nützt Faschismus und Rassismus?"*.

Nicht jeder Ausländerfeind ist und/oder versteht sich als Faschist. Entscheidend für eine Strategie gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus ist die glaubwürdige Entwicklung einer anderen politischen Ökonomie, d.h. von den Gewerkschaften vorgetragene und nachvollziehbare Alternativen zur Krise. Die Gewerkschaften müssen Anziehungspunkte für gesellschaftsverändernde Politik werden.

Analyse und Strategie

Da der Kampf gegen den Neofaschismus gleichzeitig der Kampf gegen das gesamte rechte Lager einschließlich der Kapitalverbände ist, kann keine Organisation allein auf sich gestellt diesen Kampf erfolgreich führen.

Der Antifa-Bewegung muß es ähnlich der Friedensbewegung gelingen, zur einer breiten Bündnis-Bewegung zu werden. Will gewerkschaftliche Gegenwehr nicht in einer hilflosen Antibewegung versanden, so müssen wir die Zunahme rassistischer und neofaschistischer Erklärungsmuster an den Wurzeln bekämpfen. Der Antifaschismus muß es dabei leisten, zwischen Tätern und Opfern zu unterscheiden: Zwischen denen, die vorhandenen Rassismus ideologisch verwenden und denen, die mit den richtigen Fragen im Kopf den falschen Ideologen aufsitzen.

Drei Faktoren und ihr Zusammenwirken führen zu den o.g. Erscheinungen, wie offenem Rassismus, Wahlerfolgen der Neonazis, offenen rassistischem Wirken der CDU.

1. Eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Konkurrenz beruht: Individualisierung, soziale Not, Ängste vor Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltvernichtung und Kriegsgefahr.
   Die Gewerkschaften müssen Konzepte einer alternativen Ökonomie entwickeln. Über die Durchsetzung kommunaler Antifa-Programme müssen Einrichtungen der Jugendarbeit geschaffen werden, die sich mit den vermeintlichen Zielgruppen (z.B. Streetworker) beschäftigen und diese in alternative Strukturen einzubinden. Dies beinhaltet: Sozialarbeit, politische und kulturelle Bildungsarbeit am Wohnort, kulturelle Anlaufzentren, Gruppenarbeit... Darüberhinaus müssen die Anstrengungen zur Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze nach qualitativen Gesichtspunkten verstärkt werden. Ferner müssen betroffene Jugendliche (Arbeitslose, soziale Brennpunkte) in unsere Jugend- und Bildungsarbeit einbezogen werden.
2. Traditionen, Erbe, Geschichte, Erziehung, Bildung, Vorurteile...
   Nationalismus, Faschismus und Rassismus sind ungebrochen vorhanden und müssen von interessierter Seite lediglich mobilisiert werden. Daher werden Anstrengungen unternommen, Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, diese Traditionen zu brechen:
   -Rassismus - multikulturelle Aktionen
   -Multiplikatorenschulungen
   -Geschichte von unten
   -Gemeinsame Projekte mit anderen Initiativen z.B. Sportjugend
3. Rassistische und faschistische Organisationen...
   Rassistische Erklärungsmuster und Nationalismus sind schon an sich eine Gefahr, aber erst durch die entsprechenden Organisationen werden die Menschen dafür in Bewegung gesetzt. Die verschiedenen faschistischen Gruppierungen sind nicht die Ursache, sondern der Motor rassistischer Erklärungs-und Deutungsmuster. Es ist daher notwendig diese Organisationen verstärkt zu bekämpfen, auf ihre Zerschlagung bzw. ihr Verbot hinzuwirken und deren Funktion herauszustellen.

Voraussetzung ist die Schaffung eines Netzes (z.B.: Arbeitsausschuß Hessen, LAG Antifa der DGB-Jugend Hessen), das in der Lage ist, auf faschistische Gruppen zu reagieren und Informationen über diese zu verbreiten. Insbesondere gilt es, hiermit das Zusammenwirken des extremen rechten Block mit der CDU/CSU/FDP deutlich zu machen (Kapitalinteressen und "Rechtsverstärker").

Ansätze für Jugendbildungsarbeit

* Verstärkte Auseinandersetzung mit den Ursachen und Beziehungen von Konservatismus - Rassismus und Faschismus.
* Verstärkung der Bündnisarbeit mit anderen Jugendverbänden, Jugendzentren, Schülervertretungen usw. mit dem Ziel, die Gesellschaft mit antirassistischem Gedankengut zu durchdringen.
* Bildungsarbeit mit dem Konzept der GLEICHHEIT, SOLIDARITÄT und FREIHEIT
* Erkennen der wahren Ursachen Erkennen der Interessengemeinschaft aller abhängig Beschäftigten unabhängig von Geschlecht, Nation und Ideologien
* Entwicklung konkreter Handlungs- und kultureller Arbeitsformen, die das Individuum und ganzen Menschen einbeziehen.

Angelo Lucifero (36) ist Jugendbildungsreferent beim DGB-Mittelhessen. Ein Arbeitsschwerpunkt des gebürtigen Sizilianers ist Antifaschismus.



Eckart Spoo

Warnung vor deutschem Größenwahn

Einige Überlegungen nach der Volkskammerwahl in der DDR

Am Abend nach der Volkskammerwahl zeigte das Fernsehen Menschen, die über den Kohl-Sieg jubelnd gröhlten: "Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt."

Kann es sein, daß sie recht haben? Die Nazis, die einst "Heute gehört uns..." gröhlten, kamen nicht ganz bis Moskau. Immerhin beherrschten sie zeitweilig ganz Mittel-, Süd-, und Westeuropa mit Ausnahme des damals noch reichen, starken Großbritanien.

Ohne Krieg beherrscht das bundesdeutsche Kapital heute wiederum ganz Westeuropa. Neben Japan ist die BRD zum Hauptgläubiger der hochverschuldeten USA geworden. Die beiden großen Verlierer des Zweiten Weltkriege wurden zu Gewinnern des Kalten Krieges. Und ihre Konzerne expandieren kräftig weiter - weltweit.

Der ökonomisch Stärkste diktiert die Geschäftsbedingungen. Die Bananenrepubliken haben den geringsten Einfluß darauf, zu welchem Preis sie ihre Bananen loswerden. Ob Kaffee aus Kolumbien oder Diamanten aus Südafrika, Gas aus der UdSSR, Öl aus Libyen, Textilien aus Taiwan, Elfenbein aus Zentralamerika, Rindfleisch aus Paraquay, Uran oder Adoptivkinder aus Brasilien, Frauen aus Thailand, Schwerarbeiter aus der Türkei... - die Ausfuhrländer geraten in zunehmende Abhängigkeiten von der BRD als Haupteinfuhrland. Entwicklungshilfe ändert daran nichts. Im Gegenteil: Die sogenannten Entwicklungsländer mußten in den achtziger Jahren ingesamt viel mehr an die BRD (vor allem in Form von Zinsen) zahlen, als ihnen aus der BRD zufloß. Sie versanken also noch tiefer in Armut und trugen zur weiteren Entwicklung der BRD bei.

Daß die BRD zu einem der reichsten Länder der Erde wurde, verdankt sie zu einem erheblichen Teil der DDR. Schon unmittelbar nach Kriegsende, als in Ostdeutschland die Sowjetarmee einmarschierte, wurden große Vermögenswerte (auch Maschinen) in den Westen transportiert, und auch viele Fachleute gingen diesen Weg. Als dann die DDR fast allein für die Reparationsleistungen Deutschland aufzukommen hatte und sich dadurch das zwischen West und Ost schon immer bestehende Wohlstandsgefälle weiter vertiefte, entstand bei den mobileren Teilen der Bevölkerung ein neuer Drang nach Westen, verstärkt durch Druck und sogar offenen Terror, dem wahre oder vermeintliche Feinde der sozialistischen Umgestaltung ausgesetzt waren. Die jahrzehntelange politische und ökonomische Blockade, mit der die BRD die DDR zu ruinieren versuchte (Stichwort: Hallstein-Doktrin), behinderte die Entwicklung ähnlich wie der durch massive Bedrohung ("roll back") begründete Aufbau eines gewaltigen Sicherheitsapparates (daß er historisch begründet war, heißt nicht etwa, daß damit das schaurig-repressive Wirken dieses Apparates je gerechtfertigt gewesen wäre). Hinzu kamen die Verlockungen der Fernsehwerbung, die immerzu junge Leute von Luxus umgeben an fernen sonnigen Stränden zeigte. Ein erheblicher Teil der DDR-Produktion, gegen notwendige Devisen billig abgegeben, füllte die Warenhäuser der BRD, derweil es in der DDR an manchen Konsumgütern mangelte - wie eben in allen Ländern, denen der ökonomisch Stärkere die Geschäftsbedingungen diktieren kann.

So mußte es immer mehr DDR-Bewohner dorthin ziehen, wohin der Reichtum ihres Landes floß. Viele tausende Ärzte verließen die DDR unmittelbar nach der Ausbildung, die den Staat jeweils hunderttausende Mark gekostet hatte. Die BRD konnte sich diese Ausbildungskosten sparen. Nach Öffnung der Grenze im Herbst 1989 ging die Ausplowerung der DDR weiter. Milliardenwerte wurden vom Westen her billig aufgekauft - z.B. von den Besuchern aus der BRD, die ihre Autos mit subventionierten Lebensmitteln volluden. Der nicht mehr zu stoppende Menschenstrom westwärts (das Durchschnittsalter der Flüchtlinge im Oktober/November, die nach Niedersachsen kamen, lag bei 23 Jahren) zog den greisen SED-Politbürokraten den Boden unter den Füßen weg. Als sich z.B. aus den Krankenhäusern so viel Personal "rübermachte", daß die Patientenversorgung nicht mehr gesichert war, half den seit Jahrzehnten Regierenden kein Schimpfen über die Republikflüchtlinge mehr. Sie selbst wurden verantwortlich gemacht. Auch das Schnüffel- und Einschüchterungssystem des Staatssicherheitsdienstes vermochte den Staat nicht mehr zu sichern.

Eine von Intellektuellen geführte Organisation trat auf den Plan. "Wir sind das Volk," rief sie. Eine gute, selbstbewußte, urdemokratische Parole, die aber rasch unter westlichem Einfluß nationalistisch verdreht wurde: "Wir sind ein Volk." Statt Selbstbestimmung Anschluß. Die von der Bonner CDU-Zentrale angeleiteten Wahlkämpfer versprachen dafür den Kurs 1:1. Der Runde Tisch, an dem alle nennenswerten politischen und gesellschaftlichen Gruppen - alte und neue - versammelt waren, forderte, die westlichen Politiker sollten sich vom DDR-Wahlkampf fernhalten. Aber die Bonner Elefanten ließen sich das Trampeln nicht verbieten. Der Schriftsteller Stefan Heym resümierte am Wahlabend: "Das sollten DDR-Wahlen sein, aber die Hauptredner kamen aus dem Westen, das Material kam aus dem Westen, das Geld kam aus dem Westen, und die Strategie kam aus dem Westen."

Wer spricht noch von Selbstbestimmung? Entgegen dem eindeutigen Auftrag des Grundgesetzes, wonach das "gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" und dieses Grundgesetz "seine Gültigkeit an dem Tage verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist", wollen die tonangebenden Bonner Politiker jetzt sogar jede Diskussion über die Verfassung für ein vereinigtes Deutschland verhindern und sich an einem Volksentscheid vorbeimogeln - eingestandenermaßen deswegen, weil sie fürchten, daß in die Verfassung einige fortschrittliche Artikel hineingeraten könnten.

Auf einer Tagung "Selbstbestimmung" vom 16.-18. März 1990 in Salzgitter, an der 120 Wissenschaftler und Gewerkschaftler aus beiden Staaten teilnahmen, wurde in der Abschlußerklärung gefordert: "Die Menschen in beiden deutschen Staaten müssen die Chance erhalten, in demokratischer Volksabstimmung zu entscheiden, ob eine Konföderation der beiden deutschen Staaten geschaffene werden oder ob eine zu wählende Versammlung eine Verfassung für einen einheitlichen Staat ausarbeiten soll. Für undemokratisch und darum unzulässig halten wir es, der DDR nach Artikel 23 , Satz 2 des Grundgesetzes einfach die Verfassungsordnung der BRD überzustülpen." In einer neuen Verfassung, forderte der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, müßten Umweltschutz, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und das Recht auf Wohnung als Staatziele genannt werden. Als weitere Stichworte für die Diskussion über eine gemeinsame Verfassung wurden genannt: Sicherung der Menschenrechte und der sozialen Rechte, Friedensstaatlichkeit/Entmilitarisierung, Verbot der Massenvernichtungsmittel, Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch basisdemokratische Elemente, Dezentralisierung durch Stärkung der Länder- und Gemeindekompetenzen, Garantien für mulitkulturelles Zusammenleben, Gleichstellung von Mann und Frau, Verankerung des Streikrechts/Tarifautonomie, Verbot der Aussperrung, einheitliches öffentliches Dienstrecht, Informations- und Meinungsfreiheit, Verhinderung von Medienmonopolen, Anerkennung öffentlichen und genossenschaftlichen Eigen-

tums. Diese Diskussion - so meine ich - muß jetzt geführt werden, wenn wir mitbestimmen wollen, unter welchen Bedingungen wir künftig in Deutschland leben wollen.

Es ist lehrreich und hilfreich, wenn wir uns in dieser Situation auf die Jahre nach 1945 zurückbesinnen, als aus antifaschistischem Geist die Verfassungen der Länder und des Bundes geschaffen wurden. Teilweise unter dem Druck der westlichen Besatzungsmächte wurden sie bald geändert, zum Beispiel in Hessen, wo ein vom Volk in einer Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit gewünschter Artikel über die Sozialisierung der Grundstoffindustrie durch die Amerikaner außer Kraft gesetzt wurde. Das Grundgesetz von 1948/49 sah in seiner ursprünglichen Gestalt ganz anders aus als heute. Im Zuge des Kalten Krieges wurde es durch Einfügung der Wehr- und Notstandsverfassung entstellt. Wenn der Kalte Krieg jetzt zu Ende ist, sollten wir dringend daran interessiert sein, daß die von ihm bewirkten Mißbildungen bald beseitigt werden und nicht etwa als Verfassungsrecht für ein vereinigtes Deutschland Geltung erlangen.

Selbstverständlich müßte sein, daß eine deutsche Verfassung nicht länger Bestimmungen enthalten darf, die auch nur den leisesten Verdacht von Gebietsansprüchen erregen könnten. Unerträglich ist es, daß Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) noch Ende März 1990 eine Kundgebung der Landsmannschaft Schlesien aus Landesmitteln finanzierte und selbst an dieser Kundgebung teilnahm, wo der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, sein Parteifreund Herbert Hupka, von sich gab, die Gebiete jenseits der Oder und Neisse seien "rechtmäßig deutsches Terretorium", wo der niedersächsische Landesvorsitzende der Landsmannschaft, der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer, vor einem "zweiten Versailles" warnte und wo Albrecht selbst von den vier "sogenannten Siegermächten" sprach, die "nichts diktieren" könnten, weil "die Zeiten vorbei" seien. Als Albrecht den Berufsschlesiern von den künftigen Perspektiven der Deutschen im Osten vorschwärmte, fühlte ich mich an seiner Begeisterung für den mittelalterlichen Herzog Heinrich der Löwe erinnert, der einst von Niedersachsen aus mit größter Grausamkeit die Ostkolonisation einleitete. Und mir kamen Passagen aus Albrechts Buch "Der Staat" ins Gedächtnis, wo der CDU-Politiker bemängelt, daß die Volkgemeinschaft hierzulande nicht mehr das sei, was sie in vergangenen Zeiten war: "Seit dem letzten Krieg ist die Bunderepublik nur noch ein Wohlfahrtsstaat." Sie lasse die "Sehnsucht der Menschen nach Gemeinschaft, nach Dienst und Einsatz für etwas, das den engen Rahmen des Einzeldaseins übersteigt, unbefriedigt". Der Staat dürfe "die Wirklichkeit der Triebe und insbesondere des Aggressionstriebes nicht übersehen", denn: "Die innere Stabilität von Staaten wie England und Amerika beruht nicht zuletzt auf der Existenz der "colonies" bzw. der "frontier", die die aggressiven Triebüberschüsse der angelsächsischen Nationen ablenkten."
Vor einem Größenwahn, wie er sich sowohl in Landsmannschaftskundgebungen in Hannover wie auch bei manchen Demonstrationen in Leipzig äußerte, können wir nicht laut genug warnen - vor allem, wenn er sich immer wieder gern gegen die östlichen Nachbarn richtet, die in der Vergangenheit wahrlich genug unter deutschen Herrenmenschentum gelitten haben.
Jetzt gilt es, die ökonomischen und sozialen Probleme der Vereinigung zu lösen. Am notwendigen Geld mangelt es nicht. Die großen Konzerne der BRD haben gerade in jüngster Zeit Milliardengewinne eingesackt wie nie zuvor. Aber welcher Politiker wagt es, die Konzerne - die längst dabei sind, den DDR-Markt unter sich aufzuteilen - zur Übernahme der Kosten aufzufordern? Stattdessen werden bundesdeutsche Gewerkschaften bedrängt, sie müßten sich jetzt mit Tarifforderungen zurückhalten, und die DDR-Bürger bekommen zu hören, daß sie nun zu Opfern bereit sein müßten, zu Massenarbeitslosigkeit und Verzicht auf viele ihnen bislang zustehenden Sozialleistungen. Der Bruch der Wahlversprechungen (die CDU rückte von 1:1 ab, die SPD koaliert nun doch mit der DSU) tut ein übriges, um Vertrauen zu zerstören. Das wirkt demoralisierend und kann dazu führen, daß sich enttäuschte Menschen weiter nach rechts drängen lassen. Zunehmende Ausländerfeindlichkeit und wachsender Druck auf die Frauen, die errungene Rechte in der Arbeitswelt aufgeben sollen, fordern gewerkschaftlichen und politischen Widerstand heraus. Die deutsche Vereinigung darf nicht über das Volk hinweg rollen. Demokraten müssen, wenn sie Gefahren sehen, den Mund aufmachen. Sie müssen demokratisch handeln. Ohne aktive Demokraten wird sich kein demokratisches Deutschland entwickeln.
"Heute gehört uns Deutschland" - wenn das doch endlich einmal stimmen würde! Wenn das Volk wahrheitsgemäß von sich sagen könnte, ihm - und nicht der Deutschen Bank oder Konzernen wie Flick, Springer, Siemens - gehöre Deutschland! Wenn im Betrieb, in der Wirtschaft, in den Medien demokratische Selbstbestimmung eingeführt wäre! Dann würde - dessen bin ich sicher - von Deutschland keine imperialistische Gefahr mehr ausgehen. Und die ganze Welt könte beruhigt auf das vereinigte Deutschland schauen.

Rolf B. Bode

Schreibmaschinentäter

Buchrezension zur Rolle der Journalisten im Nationalsozialismus

Im Jahr 1945 fragte Thomas Mann: *"Was ist mit der über und über schuldigen intellektuellen Schicht, die zum Nationalsozialismus stand und ihn bediente? Mit den Philosophastern, die ihm den Weg bereiteten und ihn ideologisch unterbauten? Mit den Geopolitikern, Kriegsgeographen, Rasse- und Wehrprofessoren, den Richtern, die wissentlich Recht beugten, indem sie Nazi-Recht sprachen? Den Ärzten, die Russen, Polen und Juden vivisezierten? Den Journalisten der Nazi-Presse, den Zeitschriften-Herausgebern, die zwölf Jahre lang das Volk mit den verderblichsten geistigen Drogen fütterten und verdarben? Sind die keine Kriegsverbrecher? Sind die vielleicht nicht die strafbarsten?"*
Ja, was war mit ihnen?
Für die meisten Berufsgruppen hat die historische Forschung schon seit längerem die deprimierende Antwort recherchiert: Nicht ein Nazi-Richter hat sich nachweisen lassen, daß er das Recht gebeugt hätte. Von den Ärzten kamen einige immerhin vor das US-Militärgericht in Nürnberg. Doch wurden sie - soweit sie nicht rechtzeitig gehängt worden waren - schnell wieder auf freien Fuß gesetzt.
Und die Journalisten? Gewiß, die von den sozialdemokratischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Blättern wurden verhaftet, ins Ausland getrieben oder wie Carl von Ossietzky zu Tode gequält. Aber die bürgerlichen Journalisten? Was war mit ihnen?
Bis vor kurzem war das noch nicht einmal eine Frage. *"Ja wir Journalisten, deren Beruf es ist, den Mund aufzumachen, wir sind es, die hartnäckig über unsere Vergangenheit schweigen wie keine Berufsgruppe im Land."* So urteilte Anfang 1988 der Hamburger Journalist Otto Köhler im WDR.
Anlaß war der im Dezember 1987 vom "Spiegel" publizierte Fall des Werner Höfer - jenes liberalen TV-Direktors des WDR und eines der einflußreichsten Journalisten der Nachkriegszeit (*"Frühschoppen"*), der sich partout nicht erinnern wollte an die Mordprosa und Durchhalteartikel, die er im Dritten Reich verfaßt hatte.
Für Köhler war der Fall Höfer Ansporn weiter zu forschen. Er begriff den unrühmlichen Abgang des einstigen TV-Stars als *"vielleicht ... letzte Chance"* der journalistischen Zunft, die eigene Vergangenheit kritisch unter die Lupe zu nehmen - eingedenk der Mahnung, daß

wer seine Vergangenheit nicht kennt, verdammt ist, sie zu wiederholen.
Herausgekommen ist ein akribisch recherchiertes, spannend zu lesendes Buch über mehr als ein Dutzend Nazi-Journalisten und ihre erstaunlichen Karrieren nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches: **"Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler - und danach."**
Köhler nennt Namen. **Klaus Mehnert, Joachim Fernau, Hans-Georg von Studnitz** und mehr als ein Dutzend andere bis hin zum früheren Rundfunkpropagandisten und späteren Kanzler **Kurt-Georg Kiesinger**. Er zitiert aus den Archiven, was manche gern vergessen hätten oder was sie in ihren geschönten Memoiren in Widerstandshandlungen umgelogen haben.
Viele, die Köhler nennt, sind schon gestorben. Fast alle aber haben nach dem Krieg so einflußreiche Stellungen erklommen wie etwa **Elisabeth Noelle-Neumann**, die ehemalige Redakteurin der Nazi-Zeitung *"Das Reich"*. Die nur deshalb nicht zur Adjudantin des Reichspropagandaministers **Joseph Goebbels** wurde, weil eine längere Krankheit den Karrieresprung vereitelte. Und die heute mit ihrem Allensbacher Meinungsforschungsinstitut dem Kanzler gute Dienste leistet.
Köhler schreibt die Geschichte des **Paul Carell** etwa, der wie zahlreiche andere NS-Journalisten auch, nach dem Krieg sich in der Springer-Presse betätigen konnte und mit seinen Zeitungsserien und Büchern über den 2. Weltkrieg (*"Unternehmen Barbarossa"*) entscheidend das Weltbild der Nachkriegs-Deutschen prägte. So suggerierte Carell in seinen Millionen-Sellern etwa, daß der Krieg gegen die Sowjetunion *"ein sauberer, notwendiger und kameradschaftlicher Krieg"* war, urteilt Köhler: *"Ein Krieg, in dem es nur deutsches Heldentum und keine deutschen Massenmorde gab. Die SS war nichts anderes als eine kämpfende Truppe, nur einmal auf Seite 439 gibt es eine SS, die fanatisch und grausam ist: 'Stalins SS, Rückgrat der Staatspolizei und des Geheimdienstes' - die NKWD-Truppen. Gegen Carell kamen seriöse Autoren nicht mehr an, die - das war das Versagen der bundesdeutschen Historiker - den Krieg gegen die Sowjetunion erst spät wissenschaftlich bearbeiteten"*, schreibt Köhler und enthüllt: Dieser Carell hieß bis 1945 noch **Paul Karl Schmidt**.
Schmidt alias Carell war neben Reichspressechef **Otto Dietrich**, der Hitler direkt unterstand und in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde (wovon er nur eines absaß), und **Hans Fritsche**, der im Goebbels-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda die Abteilung "Deutsche Presse" leitete, der dritte Presselenker unter den Funktionären des Dritten Reiches. Schmidt/Carell war der höchst einflußreiche Propagandachef von Reichsaußenminister **Ribbentrop** - im Range eines SS-Untersturmbannführers. Einer der skrupellosesten Schreibmaschinentäter des Nazi-Reiches, der es nach 1945 zusammen mit vielen seiner unmittelbaren Helfer publizistisch wieder zu Geld und Einfluß brachte, nachdem er es schon im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß geschafft hatte, zum Zeugen der Anklage zu avancieren. Köhlers Buch füllt eine Lücke. Es gibt eine differenzierte, aber ungeschönte Antwort, die zwischen den verschiedenen Formen des Mitmachens unterscheidet. Es zeichnet nicht nur ein Bild über Journalisten und Journalismus im Dritten Reich, das jetzt noch über die Kontinuitäten der Verlage ergänzt werden müßte. Es gibt auch deprimierende Auskünfte über den Charakter des Staates in dem ~~wir leben. Und es konfrontiert~~ mit der Frage nach der journalistischen Ethik - nicht nur damals, auch heute.

Otto Köhler: Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler - und danach.
Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989.